

Unser Wahlzettel



27.2.71

883

Nr. 76

ab DM -, 50
BRD -, 60 DM

Die „Verbrechen der Baader-Mahler-Bande“

schinempistolen ausgerüstet war, nur auf vier kleine Kinder und Hübotters Frau. Die polizeiliche Vernehmung des Ehepaares wurde von Kreisoberkommissar Müller aus Bonn geführt, der wegen "Verdunklungsgefahr" kein Telefongespräch zwischen dem Ehepaar zugelassen hatte. Ebenfalls wollte Müller verhindern, daß Hübotters Anwalt Monnerjahr hinzugezogen würde. Die zur "Geheimverhandlung" erhobene Vernehmung wurde wenig später auf einer Pressekonferenz der Polizei unterbreitet.

Dem Makler wollten vorübergehend Bremer Banken den Kredit sperren. Verhandlungen über Haus- und Grundstückskäufe drohten zu platzen. Deshalb sah sich Hübotter genötigt, zwecks Rehabilitation

1966 ließ sich der damalige Innenminister Benda folgendermaßen vornehmen:

"... umso größer ist die Gefahr, daß nur (1) mit leichten Waffen ausgerüstete und zur Erfüllung ausschließlich polizeilicher Aufgaben ausgebildete Exekutivkräfte des Bundes und der Länder der Bedrohung durch einen Gegner nicht gewachsen sind; der innere Unruhe herbeiführt! In einem bedauernden Ton fährt er fort: "Auch der Bundesgrenzschutz ist nach Aufgabe, Ausrüstung und Ausbildung nicht Militär, sondern Polizei". Dann präzisiert Ernst Benda, gegen wen sich eine solche Bürgerkriegsarmee wenden soll:

"Die jüngste Geschichte zahlreicher Länder in Asien, Afrika oder Lateinamerika zeigt, wie flüchtig die Grenze zwischen einer offenen Kriegshandlung und einem inneren "Befreiungskampf" von verfassungsfeindlichen Kräften ist". "Sabotage oder Kommandounternehmen können... einen Äußerer oder inneren Notstand begründen, man darf dortartige Aktionen nicht als bloße Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bagatellisieren und ihre Bewältigung allein der Polizei überlassen". (Ernst Benda, Die Notstandsverfassung, Olzog Verlag 1966)

diktisch fest: "Als zwei Beamte der Sicherungsgruppe Bonn am Mittwoch gegen 21.15 Uhr an der Kreuzung der Bockenheimer Landstraße/Unterlindau zwei Mitglieder der Gruppe um Baader und den in Berlin inhaftierten ApO-Anwalt Mahler überprüfen (!) wollten, schossen sich diese den Weg frei". Dann folgt der Knallhieb: "Alle Schüsse gingen ins Leere". Nebenbei entpuppt sich hier die Festnahmemeldung des ABEND vom Vortage als Lüge. Jetzt ist nur noch die Rede von einer in Pfm.-Westend festgenommenen Person. Bei den Wageninsassen soll es sich um Astrid Proll und Jan Carl Raspe handeln. Die Rundschau kann es sich nicht verkneifen, im Stil eines Tatsachenberichts festzustellen: "Die Baader-Bande hegt seit Mai 1970 verschiedene Straftaten, so unter anderem die Befreiung des gefangenen Mitglieds Andreas Baader, sowie verschiedene Raub- und Banküberfälle und Kraftfahrzeugdiebstähle unter Gebrauch von Schusswaffen".

Der ABEND weiß zu berichten, daß die "Baader-Bande" Brandt als Geisel entführen wollte. Quelle dieser Meldung ist das Elitichen "Badische Neueste Nachrichten". "Wie in diesem Zusammenhang bekannt wurde, ist die Bewachung Brandts bereits vor einiger Zeit vorzeitig worden. Gegen ihn und Mitglieder seiner Familie waren Mord-

Montag 15.2. Die SZ berichtet von zwei weiteren Festnahmen. Jan Carl Raspe habe "wahrscheinlich" der Gannovenbande Speer angehört. Der WDR "verwahrt sich gegen Versuche zur Untergrabung seines Ansehens". Peter Coullas vom WDR erklärt in einem Leserbrief an eine Kölner Zeitung, er sei acht Jahre lang mit der Familie Röhl befreundet gewesen und habe im September 1970 zwei Wochen lang die beiden Kinder Ulrike Meinhoffs und Röhl bei sich aufgenommen.

Dienstag 16.2. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin stellt den Antrag, der Generalbundesanwalt möge das Mahler-Meinhoff-Verfahren übernehmen.

Mittwoch 16.2. Die Spuren der Sicherungsgruppe Bonn verlaufen im Nichts. Das BKA warnt vor einer Fahndungshysterie, nachdem es in mehreren Fällen an der Nase herumgeführt wurde. Es wird beschlossen, keine Informationen mehr an die Presse zu geben.

Wie das Bundeskriminalamt und andere ultrarechte Gruppierungen unter dem Vorwand der Suche nach "Verschwörern" linke und liberale Kräfte in den Sack hauen.

Nach einem Banküberfall in Kassel zog Genscher den "Fall" an sich und übertrug die Ermittlungen seiner Sicherungsgruppe Bonn. Von da ab ging es Schlag auf Schlag daneben - dieses jedoch nur nach Ansicht der liberalen Zeitungen. Die Genscher-Dunkelmänner gingen gezielt vor: am 27. Januar wurden gleich an sieben Orten Häuser und Wohnungen durchsucht, so in Gelsenkirchen-Scholven, in Frankfurt bei dem Akademischen Rat Dr. Jürgen Seifert und in Hannover, wo der Psychologie-Professor Peter Brückner morgens um sechs von zehn Zivilbeamten aus dem Bett geklingelt wurde. Drei Stunden lang bewiesen sie "ein rührendes Interesse" (Brückner) an Briefen, Briefumschlägen, Kalendern und Notizbüchern. In Bremen rückte die Polizei im Büro und mit vierzig Leuten, von denen die Vorhut Kugelsichere Westen und Maschinenpistolen trug, in der Wohnung des Bremer Maklers Klaus Hübotter an. Unter der Leitung des Regierungsbeamten Pohl wollten sie angeblich den Genossen Baader vernarfen, da er angeblich in Bremen in einer Imbissstube und als Teppichhändler gesehen worden sein soll. Hübotter gehörte vor 20 Jahren der FDJ an und war Mitglied der KPD. Seit zehn Jahren betätigte er sich jedoch politisch nicht mehr. Nach seinen eigenen Bekundungen hat er Baader nie gesehen.

Die Aktion um den Makler Hübotter wächst sich mittlerweile in Bremen zu einem Skandal aus. Drei Versionen werden in Bremen von "Kreisen der Polizei, der Politik und Finanz" dafür angeführt, daß sich die Aktionen der Sicherungsgruppe Bonn auf Hübotter konzentrierten:

- 1.) Ein "sozialistischer" V-Mann möchte 10 000 DM verdienen, die für Hinweise zur Ergreifung des Genossen Baader ausgesetzt sind.
- 2.) Des Maklers "linkeradikale", wenn auch keineswegs anarchoistische Ideen ließen es politischen Kreisen Bremens gemoch erscheinen, den ehemaligen KPD-Mann ausszuschalten.
- 3.) Angedeutet wird weiter, daß es einige Wohnungsbauunternehmern nur opportun sein könnte, einen unbequemen Konkurrenten auszuboeten, weil er billige Wohnungen anbot.

Unter Leitung von Staatsanwalt Kirschmuth wurde Hübotters Büro ohne Durchsuchungsbefehl aufgesucht, ohne daß man etwas belastendes fand. Kirschmuth war erst eine Stunde vor den Einsatz hinzugezogen worden und erklärte später, er wolle der Angelegenheit ein "justizförmlichen Charakter" geben. In der privaten Wohnung Hübotters traf ein 40 Mann starkes Kommando, das mit Ma-

Bild Auch die Unterwelt jagt die Baader-Bande

ZEITUNG
Berlin, 15. Februar 1971

an die Öffentlichkeit zu treten. Anwalt Monnerjahr will den Denunzianten Hübotters gerichtlich ermitteln lassen. Dazu erklärte Polizeisprecher Gaus: "Bei gewichtigen Informationsträgern gibt es einen Rechtsstopp". Weiter soll die Hausdurchsuchung ohne richterliche Anordnung angefochten werden, da das Haus den ganzen Mittwoch über beobachtet wurde und erst bei Eindringen der Polizei in die Räume "Gefahr im Verzug" angenommen wurde. In einem Schreiben an Bremens Polizeipräsident von Bock und Polach verlangt Hübotter eine Ehrenreklärung. Außerdem sollen die zuständigen Behörden für eventuelle finanzielle Schäden haftbar gemacht werden.

Zynisch klingt in diesem Zusammenhang die Erklärung der Sicherungsgruppe Bonn: Der "Bande" gelänge es durch frühere politische Beteiligung immer wieder, Unterschlupf oder Abstellmöglichkeiten für Hilfsmittel in an sich sonst honorigen Kreisen der Bundesrepublik zu finden. Ganz offensichtlich würden diese Kreise entweder unter Druck gesetzt (von wem wohl?) oder sie hätten die Tragweite ihres Handelns nicht umfassend überblicken können. Diese Kreise müßten sich darüber klar werden, daß die "Bande" in gesellschaftsfeindlicher Form ohne Rücksicht auf Einzelschicksale sich hemmungslos ihrem kriminellen Treiben hingebe.

Wahr ist vielmehr, daß sich seit 20 Jahren in der westdeutschen Bundesrepublik eine Bande von Unternehmern, Hausbesitzern und Grundstücksspekulanten in gesellschaftsfeindlicher Form ohne Rücksicht auf Einzelschicksale ihrem kriminellen Treiben hingebe.

Diese Tatsache dürfte eine große Zahl von Professoren und Schriftstellern durchaus erkannt haben, ebenso die erhebliche Tragweite des Fortbestehens der hemmungslosen kapitalistischen Ausbeutung. So formuliert, können wir den Sinn der Erklärung der Bonner Dunkelmännergruppe erfassen. Die Diskussion über den richtigen oder falschen Ansatz der Genossen Baader und Mahler zu führen, dieses Recht haben nur Sozialisten, wir lassen sie uns niemals von den Herren Genscher & Co. aufdrängen.

Polizei = Terror

Wie wir hören, wollen die Bonner Dunkelmänner wie bisher in Zusammenarbeit mit allen Polizeidienststellen alle Möglichkeiten treffen, "um Staat und Gesellschaft vor weiteren Gefahren zu schützen". Dabei sei es nicht auszuschließen, daß ein an sich unbescholtener Bürger, der durch Zufall eine Verbindung mit der "Bande" bekomme einer Kontrolle unterzogen werde. Diese Formulierung öffnet der Bespitzelung Tür und Tor. Faktisch werden dadurch alle Personen, die irgendetwas einmal unliebsam aufgeflogen, außer Recht und Gesetz gestellt.

- Was steckt dahinter?

Der Bonner Innenminister Genscher tritt in die Fußstapfen Bendas, indem er fieberhaft am Aufbau der Bundeskriminalpolizei arbeitet, einen Zentralcomputer zur Registrierung politisch mißliebiger Personen aufbaut und den Bonner Verfassungsschutz Telefongespräche linker Professoren und Gewerkschafter abhören läßt. Selbstverständlich hat er bei allen diesen Maßnahmen den Boden der Legalität und des Grundgesetzes weit verlassen. Um sich dennoch ein rechtsstaatliches Mäntelchen umhängen zu können, läßt er seine Adjutanten Springer und XY-Zimmermann den Boden seiner Maßnahmen publizistisch vorbereiten. Deren Rezepte sind: durch ständige Propaganda einem breiten Publikum zu suggerieren, die Eigentums- und Gesellschaftsordnung der BRD sei durch das Überhandnehmen von Eigentumsdelikten ernsthaft bedroht.

Noch gefährlicher sei die revolutionäre Linke, deren Forderung nach Sozialisierung den Überbau für die Arbeit der "gewöhnlichen Kriminellen" abebe.

Zielrichtung ist:

- 1.) Stärkung der militärischen Macht im Innern versus Ausweitung der Befugnisse der Polizei.
- 2.) Kriminalisierung und Spaltung der revolutionären Linken.
- 3.) Schaffung "amerikanischer" Zustände in Westdeutschland und Westberlin.

TAGEBUCH EINER "VE SCHWÖRUNG GEGEN BÜRGER, RECHT UND GEBETZ"

Donnerstag 11.2. Unter der Überschrift "Großatmosphäre auf höchster Ebene" - was steckt dahinter? berichtet der ABEND von der Festnahme dreier Insassen eines Personenwagens - ein Mann und zwei Frauen in Frankfurter Stadtgebiet. Die Frankfurter Polizei erklärt laut ABEND, sie habe in Amtshilfe für das Bundeskriminalamt gehandelt. Weiter wird die Durchsuchung der Wohnung eines Grundstücksmaklers gemeldet, in der nach Angaben der Bremer Polizei die Genossen Baader und Meinhoff mehrere Tage lang versteckt wurden.

Freitag 12.2. Die FR kleidet die Überschrift ihres Berichtes im Lokalteil in Frageform: "Feuergefecht mit Baaderanhängern?", stellt dann jedoch apo-

drohungen bekannt geworden" schreibt der ABEND außerdem. Höflicherweise verschweigt er, daß sämtliche Morddrohungen einseitig von faschistischer Seite erfolgten.

Die Süddeutsche Zeitung zitiert den "Sicherungsgruppensprecher Böden" der den Fahndungsauftrag in brillantem Faschistendeutsch so interpretiert: "... bestimmte Gegenden mit konzentrierten Bewegungen von Barträgern und Linksextremen aufzusuchen". Regierungskriminaldirektor Küttner, der Leiter der Sonderkommission, gibt als Ergebnis eines ununterbrochenen 36 stündigen Einsatzes bekannt, daß der als Fluchtauto gesuchte weiße BMW mit Zellnummer mit dem Vorfalle nichts zu tun hatte.

FREIHEIT für alle



GEFANGENEN

Samstag 13.2. Am späten Donnerstagabend will die FR aus Kreisen der Ermittlungsbehörden zuverlässig erfahren haben, daß die Entführung von Brandt und Ehrhke geplant war. Brandt sollte bei einem Spaziergang im Kottenhorst bei Bonn, Ehrhke in seinem Stuttgarter Wahlkreis überfallen werden. Das Bundeskriminalamt (BKA) verschanzte sich am Freitag auf alle Anfragen hin auf die Formulierung, daß "abenteuerlichste Pläne schon in den Stand von Vorbereitungshandlungen" getreten seien. Das BKA warnt linksliberale Kräfte in der BRD ("ansonsten honorarische Kreise"), den Gesuchten weder Unterschlupf noch sonstige Hilfe zu gewähren.

Großfahndung auf höchster Ebene . . .



FORTSETZUNG

Nehmen wir zum Beispiel einige kritische Rundfunkredakteure des WDR in Köln. Unter dem Vorwand der Verschwörung wurden sie von dem "Sicherheitsbeauftragten" des Senders auf die gemeinste Weise bespitzelt und überwacht. Sogar der Hauptabteilungsleiter Ulrich Gemhardt kam ins Gerede. Auf Druck der Redakteure sah sich der Sender schließlich zu einem lendenlahmen Protest genötigt.

Fall 2: Angestellte des "Hotel zur Post" in Bremen alarmierten die Polizei, bei ihnen wohne eine Dame, die nach den Zeitungsphotos wohl Frau Meinhoff sein müsse. Polizisten "fingen" die Frau auf dem Bahnhofsvorplatz. Nach stundenlangem (!) Verhör ergab sich: Es war die Patientin einer Bonner Nervenklinik, auf Urlaub.

Fall 3: Ein Anrufer, der seinen Namen nicht nennen wollte, alarmierte die Einsatzzentrale der hannoverschen Polizei um 8,40 am vorletzten Freitag; Im TEL 78 "Roland" Bremen-Mailand süßen Leute, die "mal überprüft" gehörten (sicher mit Bart und Brille) - "Leute von der Mahler-Bande" - 35 Minuten später - Fahndungshauptkommissar Hans Reimann: "Wir mußten sehen, daß wir unsere Pistolen noch mitkriegen" - hatten dreihundert Schutz- und Bereitschaftspolizisten die Gleise 8 und 9 des Hauptbahnhofs Hannover abgeriegelt, gerade rechtzeitig, um den Erster-Klasse-Zug in Empfang zu nehmen. Ergebnis: Unter den Bourgeois wurde keiner der 18 Mann starken "überörtlich tätigen Verbrecherbande" (Kommunistenpöhrhund Günther Nollau vom Innenministerium) gefunden.

Die Funktion der sogenannten linksliberalen, großbürgerlichen Presse

Die Bourgeoisie in Westdeutschland konnte alle wesentlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse, die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes, Beitritt zu den Pariser Verträgen, Wiederaufrüstung, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, KPD-Verbot, Notstandsgesetze gegen den Protest einiger liberaler Honoratioren anstandslos durchsetzen, das Grundgesetz wurde auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht geschaffen und war nicht Produkt von Überlegungen liberaler "aufrechter Demokraten".

In Deutschland hat es seit 1848 kein selbstbewusstes Bürgertum mehr gegeben, die Reichseinigung erfolgte auf eine militärische Initiative Preußens. Insofern haben Zeitungen wie die WANKFÜRTER RUNDSCHAU keine Tradition und einen Adressaten eigenständig erst seit dem Entstehen einer "außerparlamentarischen Opposition". Da die Bourgeoisie das diffuse eines solchen Konglomerats APO erkannte, begann sie hier zu spalten. Zeitungen wie die Süddeutsche und die FR bekamen die Funktion, der Bourgeoisie einen neuen sozialen

Grenzträger zu schaffen, der die Erregenschaften des Staates gegen "Antidemokraten von rechts und links" zu verteidigen hatte, der mit Brandt ein "neues" Deutschland schaffen sollte. Die Mahler-Baader-Gruppe fällt gänzlich aus diesem Schema, ist folglich "kriminell".

Andreas Baader war damals noch, wie die FR schrieb, "ein netter Junge, der mehr aus Versuchen Marcuse gelesen hat". Ein Krimineller war er jedenfalls damals noch nicht, er dachte noch nicht an Banküberfälle und Gefangenbefreiungen. Damals "engagierte er sich in der Betreuung von entsprungnen Miroorgezüglingen und anderen gefährdeten Jugendlichen. Er tat das, wie qualifizierte Beobachter urteilten, mit ebensoviel Idealismus und Erfolg". Ulrike Meinhoff sei damals eine intelligente, kultivierte Frau gewesen.



Bei der Erklärung für die politische Umorientierung der vorgenannten kann die FR nur psychologisieren: "Die Schüsse auf Ohnesorg und Dutschke könnten, zusammen mit eigenen Erfahrungen von Gewalt, bei hochsensiblen, aber labilen jungen Menschen als "traumatische" Erlebnisse gewirkt und seelische Kurzschlüsse verursacht haben. Einige, vermutlich seelisch stark "vorbelastete" junge Menschen sind der Versuchung erlegen, den ursprünglich politisch gemeinten Protest in einen ungehemmten Durchbruch wilder Aggressionen umschlagen zu lassen". Baader und andere hätten bei arabischen Terroristennormenorganisationen begierig die Lehre aufgesogen, die ihnen in ihrer intellektuellen Verwirrung als Hobbobotschaft erscheinen mußte; daß der "Repression" durch die etablierte Gesellschaft die Antwort auf Pistolenläufen erteilt werden müsse. An die "Vernünftigen" gerichtet schreibt die FR in gönnerhaftem Ton: "Es ist verständlich, wenn das süße Bemühen um eine Reformierung der Gesellschaft der jungen Generation nicht schnell genug vorantritt. Eine mühsame Politik der kleinen Schritte, die auch Rückschritte nicht ausschließt, entspricht nicht dem jugendlichen Temperament. Wer sollte einer Jugend einen Vorwurf daraus machen, wenn sie eine Welt mit mehr Gerechtigkeit, mit mehr Freiheit und mit Frieden haben will? Aber was nützt das edelste Motiv, wenn durch Taten das Gegenteil von dem erreicht wird, was man sich vorgenommen hat. Es bleibt nur die Hoffnung, daß das demokratische Fundament unseres Staates breit und stark genug ist, die Umsetzung von Aktivitäten in politische Erfahrung zu überstehen".

Was bedeutet in diesem Zusammenhang der Hinweis auf das "demokratische Fundament unseres Staates"? Das Fundament heißt Kapitalismus verbunden mit schärfster Ausbeutung und Wiederverhaltung der Arbeiterklasse. Damit erweisen sich die Warnungen der liberalen Zeitungen als farcenhafter Aufpass.

Axel Springers Märchenstunde

Innerhalb des "breit gefächerten Meinungsangebotes" des Springer-Konzerns wurde der BILD-Zeitung die auftragtreibende Funktion zugeordnet, eine Kriminalstorie in Fortsetzungen zu liefern. Sie brachte brühwarm und exklusiv "Ermittlungsergebnisse" der Sicherungsgruppe Bonn auf den Tisch der großen BILD-Familie. Das las sich dann so:

15.2.71: Kripo hebt APO-Schlupfwinkel in Frankfurt aus. Das Material beweist: BAADER-BANDE ERPRESST PROMINENTE. (Oberhalb der Schlagzeile prangt eine große schwarze Gesichtsmaske).

15.2.71: Berlin: APO wollte Mahler aus dem Gefängnis befreien - MIT EINEM HUBSCHRAUBER!

16.2.71: In der Kapelle einer Nervenklinik: PFARRER VERSTECKTE BEUTEGELD DER BAADER-BANDE.

BILD appellierte mit dem Bundeskriminalamt: "Hört auf, diesen Gewohnheitsverbrechern zu helfen. Ihr müßt eines Tages nicht nur die strafrechtliche, sondern auch vor euch selbst die menschliche und moralische Verantwortung tragen". Der Appell hatte Erfolg, wie man auf der letzten Seite derselben Ausgabe vom 13.2. unter der Überschrift: "Auch die Unterwelt jagt Baader-Bande" nachlesen kann: "Ein Anrufer: Wir werden uns um diese politischen Gangster kümmern. Wenn wir die erwischen, legen wir sie um".

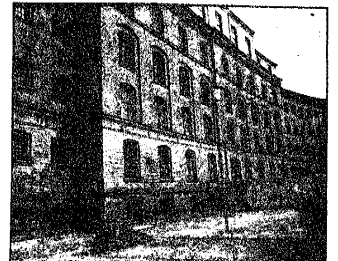
Offene und versteckte Mordauftrufe - das ist der tägliche Faschismus des Publizisten Springer!

Am 15. Februar offenbart Chefreporter Werner Kahl seiner erschrockenen und zugleich faszinierten Lesergemeinde, daß Mahler noch in diesem Monat mit einem selbstgebauten Mini-Hubschrauber aus der Laubitz U-Haft befreit werden sollte. Diesen Plan habe jedoch die Bonner Sicherungsgruppe in Zusammenarbeit mit der (wie immer reaktionschnellen und treffsicheren) Berliner Abteilung I zerschlagen. Der Daniel Büchsenlieb der linksradikalen Terroristenbande, Genosse Eric Grusdat, hatte in seinem britischer Häuschen einige Flugzeugteile (wie man hört Rotorkblätter) aus Leichtmetall schon fertiggestellt. In seinem Bücherregal fand man "das" Lehrbuch aus Ostberlin mit den Bauzeichnungen. Sein Mitarbeiter, früher Mitglied der kommunistischen PDK in Ost-Berlin, wurde bei einer Fahndung im Ruhrgebiet verhaftet. (Die BILD-Zeitung teilt jedoch nicht mit, ob er dort seine Unterwanderstiefel an hatte).

Warum soll Mahler rausgehauen werden? "James" soll sich bei einem Raubüberfall am 29. September 70 in der Mitte des Kassenraumes mit einer Pistole Murke "Ilana" in der Hand aufgehalten haben. BILD fabuliert weiter: "Im Kassenraum waren mit von der Partie: Baader ("Hans") und die später mit Mahler verhaftete Irene Goergens ("Peggy"). In der Tür des Kassenraumes sollen der britzer Kfz-Mechaniker Grusdat und sein Mitarbeiter Ruhlhand postiert gewesen sein".

16. Februar: Aus Osnabrück kabelet Werner Kahl die Geschichte eines modernen Savonarola: "Zehn, hundert, fünfhundert, tausend, dreitausend Mark . . . zählte die Frau vor sich hin. Zufrieden sammelte sie dann den dicken Stapel Banknoten ein und lächelt dabei den Mann an, den seine Kleidung als Geistlichen auslief: "Wir können weiterarbeiten - Ich danke dir, Pastor!" Ein Pfarrer als Zahlmeister der linksradikalen Terroristen! Dabei wurde der gute Mann schamlos übers Ohr gehauen! Ulrike Meinhoff offenbarte ihm, das Geld sei für "wohltätige politische Zwecke" und müsse gut vor "heidischen Verfolgern" versteckt werden.

In Wirklichkeit wurde ein Staatsstreich geplant! Nämlich bei "künftigen Unruhen im Bundesgebiet und West-Berlin". Zu diesem Zweck seien mehrere Elektrotechniker und Hochfrequenzfachleute angeworben worden. Diese Spezialisten hätten sich seit Monaten mit dem Bau von fahrbaren Rundfunksendern beschäftigt. Es sei geplant gewesen, bei Unruhen in Westberlin einen dieser Sender auf die Welle des SFB zu schalten. An Stelle des normalen SFB-Programms sollten eigens für diese "Stunde X" bereits angefertigte Appelle an die Bevölkerung ausgestrahlt werden. Ähnliche Pläne hätten für lokale UKW-Sender im Ruhrgebiet bestanden.



Hier im Untersuchungs-Gefängnis sollte der Hubschrauber landen.

Funktion der BILD-Berichterstattung

Im "Tagebuch der Bande (BILD-exklusiv)" wird dem Leser der politische Hintergrund der Akteure aus dem Munde der Meinhoff offenbart: "Die Regierungen in der Bundesrepublik müßten durch Terror zum Rücktritt gezwungen werden. Danach müßten die Klassen abgeschafft um eine klassenlose Gesellschaft aufgebaut werden. Dieses System könne dann auf die ganze Welt übertragen werden. Aber zuvor brauche man Geld. Viel Geld. Jedes Mittel es zu bekommen, sei recht".

BILD kann sich gesellschaftliche Veränderungen auf revolutionärer Grundlage nur auf dem Wege des Staatsstreichs vorstellen.

Der Genosse Mahler wird aus den Händen der Klassenjustiz nicht durch eine breite Massenolidarität befreit, sondern mittels eines technischen Kniffs. Die Möglichkeit einer revolutionären Bewegung steht und fällt mit der Verfügbarkeit über finanzielle Ressourcen, suggeriert BILD.

Sie läßt den Leser ein wenig im Handbuch des "Guerilla" blättern, der sich dann schauernd von den linken Desperados abwendet. Vor dem Hintergrund eines kriminellen Abschlusses stilisiert BILD die Maßnahmen des Genscherischen Polizeiapparates als staatszerfallend hoch.

exkurs

Der berühmte Kampf "gegen Rechts und Links"

Am Montag voriger Woche berichtete die BZ auf einer halben Seite über "Erfolge bei der Fahndung nach Mitgliedern der Baader-Bande". In der gleichen Ausgabe verwendete sie auf die Meldung, daß in Bonn ein Waffenlager der NPD ausgehoben worden sei, eine einspaltige Meldung. Durch einen "reinen Zufall" hatte laut page die Polizei in Bonn und Düsseldorf bei NPD-Leuten insgesamt 17 Gewehre, zehn Pistolen und Revolver, mehrere Bajonette und Stilette sowie erhebliche Mengen scharfer Munition gefunden. Elf Mitglieder der Gruppe wurden nach kurzem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt. Nur einer befindet sich noch in Haft.

Auch LINKE müssen mal lachen!

Wir bringen jetzt zur Erbauung der Genossen Bilder und Überschriften aus Springer- und anderen West- u. Ostdeutschen Schulzeitschriften. Wir stellen vor: Gute Menschen und böse Menschen.

Heute stellen wir vor:
DIE BÖSEN MENSCHEN

Schütz ruff die Berliner auf: Wählt nicht die SEW



Kanzler-spende gegen Hasch

Rote Späher sahen keine NATO-Schiffe

Radfahrer raubte 1400 DM

Trauzerger starben nachts an Rauschgift

MARMELADE STOPPT VERKEHR

Für mich kam Oswald Kollé 10 Jahre zu spät

Kommandomeldung!
Am Donnerstag den 18. Febr. gegen 23 Uhr 10 unternahm ein Kommando des SGW einen Brandanschlag. Ziel der Aktion war die ev. Kirche am Lietzenseufer.

Es wurden Flugzettel mit der Aufschrift: NUR GEWALT BRINGT FRIEDEN! und: SIEG IM VOLKSKRIEG! am Tatort niedergelegt.

Zerschlägt Staat und Kirche! Holt die Gefangenen raus!

S.F.W.

883 Kommentar zu dieser Wahnsinnsmeldung:

Wir drucken diese Meldung, um Genossen, die in etwa ähnliche Absichten und Ziele haben, aufzuzeigen, wie sie es NICHT machen dürfen.

Wenn die Akteure noch den Klingelbeutel mitgenommen und dessen Inhalt der Schwarzen Hilfe zur Verfügung gestellt hätten, würde die Aktion noch einen Sinn gehabt haben. So aber scheint es uns, als hätten frustrierte Genossen auf diese Art gegen die Kirchensteuer protestiert. Wenn es den Genossen ernst ist mit Kämpfen, mögen sie den Artikel: "DIESER ZUSTAND IST UNHALTBAR" gut lesen. Vielleicht geht ihnen dann auf, "wo uns der Schuh drückt"!

Dieser Zustand ist unhaltbar!

Das nachstehende Rundschreiben ging am 6.1.1971 an die weiblichen - wohl gemerkt! nur an die weiblichen "Mitarbeiterinnen" der "Filmaufnahme- und Bearbeitungsgerätekabine" Alex JACKNAU in der Spandauer Egelpfuhlstraße.

Darin heißt es:
"OWOHL WIR MIT DEN LEISTUNGEN UNSERER MITARBEITERINNEN ZUFRIEDEN SIND....

Wie müssen diese Frauen geschuftet haben, damit dieses Unternehmerschwein "mit ihren Leistungen zufrieden" ist!

Sie haben so sehr geschuftet, daß sie davon krank geworden sind. Krankheiten aber sind profiteufindlich und das läßt dieser Verbrecher in der weißen Weste dann die Frauen auch wissen:

"IM VERGANGENEN JAHR UND AUCH SCHON ZU BEGINN DES NEUNEN JAHRES HAT SICH EIN HOHER KRANKENSTAND HERAUSGESTELLT!"

Das bringt dem Schwein zwar keinen Verlust, da er das Krankengeld (oder die Lohnfortzahlung) ja wieder ersetzt bekommt, aber, was schlimmer ist, es bringt ihm auch keinen Profit und das erträgt er nicht. Das ist schlimmer, als wenn seine Kinder die TRO kriegten oder ihm einer in seinen neuen Wagen fährt.

Da er alle seine "Mitarbeiter" für so beschränkt hält, wie er selber ist, macht er ihnen eine Milchmädchenrechnung auf, in der Hoffnung, daß diese es doch nicht mitkriegen würden, was daran falsch ist.

"UNSERE BERECHNUNGEN HABEN ERGEBEN.....DASS UNS DAS TEURER KOMMT ALS EINE FACHARBEITERSTUNDE!"

Na, das sind ja Zustände, und DIESE ZUSTÄNDE SIND UNHALTBAR!

Unhaltbare Zustände sind zum Beispiel, daß die Frauen in "seinem Betrieb" trotz "zufriedenstellender Leistungen" noch immer geringer bezahlt werden, als ihre männlichen Kollegen. Aber diese Zustände meint der Profitgeier nicht.

Nein, er meint, daß trotz größter Leistungssteigerung niemand das Recht auf seinen Körper habe, daß dieser Körper, = sprich Arbeitskraft, nur IHM zur Verfügung zu stehen habe bis zur totalen Ausschöpfung; denn Arbeiter sind für ihn Sklaven, ein Nichts, im Gegensatz zu den teuren Maschinen, die einen hohen Anschaffungspreis haben und deren Unterhalt schon teuer genug ist. Trotzdem verlangen die Scheißgewerkschaften immer und immer wieder höhere Löhne für diese ewig Krankheit simulierenden Arbeiter!

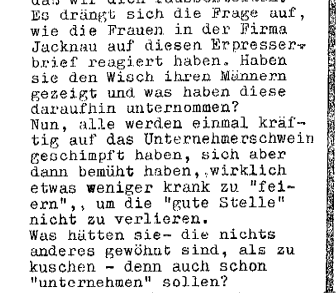
Also muß man diesen Leuten zeigen wo's lang geht und wer hier der Herr und wer hier der Knecht ist. Zuerst natürlich den Frauen, die sind ungefährlicher. Bei den Männern muß man da schon ein wenig vorsichtiger sein, bisschen schlechtere Zeiten abwarten, sonst kriegt man eine Arbeiterfaust auf die Unternehmerschnauze....aber bei den Frauen, da kann man ruhig schon was riskieren, die kuschen eher und zum anderen befinden sie sich auch in einer Zwangslage, da sie entweder sich selbst - und andere - ernähren, oder für das Auto des Ehemannes aufkommen müssen. Doch: Vorsicht! Vorsicht! in dieser Scheißdemokratie kann man mit "seinen Leuten" ja nicht mehr machen, was man will, - wie in der guten, alten Zeit, - also, muß man "psychologisch" vorgehen, den Druck, die Erpressung und das Ausspielen des Einen gegen den

Anderen in schöne Worte klappern so daß sie ja nicht als das gefasst werden was sie sind: nackte Unterdrückung, Erpressung und Erziehung des Individuums - und trotzdem im Unterbewußtsein des Einzelnen als ein Menetekel stehen. Man APPELLIERT und REGT ZU FOLGENDEN ÜBERLEGUNGEN AN:.....

- 1) Wenn du dich krank meldest, wird dein Arbeitsplatz von einer anderen besetzt.
- 2) wenn du dich krank meldest, hetzen wir deine Kolleginnen auf dich, denn wir sagen ihnen, daß wir sie alle raus-schmeißen und ihre Arbeitsplätze mit Männern besetzen- (was Quatsch ist, weil die Männer ja mehr Geld kriegen und das wird sich der Herr Unternehmer noch schwer überlegen)
- 3) Du bist nicht so lange krank wie dein Arzt es sagt, denn das ist ja kein Vertrauensarzt, der selbst Halbtote noch a.v. (arbeitsverwendungsfähig) schreibt. Also hast du, kaum daß du wieder kranken kannst, an deinem Arbeitsplatz anzutreten, zu deinem Herrn den Profit zu vermehren.

Daß du für die Sorgen deines Herrn Verständnis hast, ist ja wohl selbstverständlich. Deine eigenen Sorgen interessieren einen Dreck, denn: wenn du in Zukunft nicht spurst, kannst du gewiss sein, DASS WIR AUF DIE ENTSTEHENDE SITUATION REAGIEREN - also, daß wir dich raus-schmeißen. Es drängt sich die Frage auf, wie die Frauen in der Firma Jacknau auf diesen Erpresserbrief reagiert haben. Haben sie den Woch ihren Männern gezeigt und was haben diese daraufhin unternommen? Nun, alle werden einmal kräftig auf das Unternehmerschwein geschimpft haben, sich aber dann bemüht haben, wirklich etwas weniger krank zu "feiern", um die "gute Stelle" nicht zu verlieren.

Was hätten sie- die nichts anderes gewohnt sind, als zu kuschen - denn auch schon "unternemen" sollen?



Gefedert und geteert

Französische Arbeiter haben es ihnen vorgemacht. Als ihnen die Vorschriften ihres "Herrn" zuviel wurden, schnappten sie sich denselben, hängten ihn ein Schild um den Hals, mit der Aufschrift: "Ich unterdrücke meine Arbeiter!" und banden ihn an sein eigenes Fabrikator. So stand er fünf Stunden, ehe ein Polizist vorbeikam und ihn "befreite". Keiner der Menschen, die in dieser Straße wohnten oder arbeiteten, hätte für ihn auch nur einen Finger gerührt.

ALEX JACKNAU
FILMAUFNAHME- UND BEARBEITUNGSGERÄTE GMBH

Privat 1820 WESPEN WEG 4
363 61 80

1 BERLIN 20 : EGELPFUHLSTRASSE 47A



IHR ZEICHEN IHRE NACH UNSER ZEICHEN TAG

An alle Mitarbeiterinnen..

Betrifft: Fehlzeiten durch Krankheit.

Owohl wir mit den Leistungen unserer Mitarbeiterinnen zufrieden sind, hat sich im vergangenen Jahr und auch schon zu Beginn des neuen Jahres ein hoher Krankenstand herausgestellt. Teilweise haben Mitarbeiterinnen 2 und 3 mal in einem Jahr wegen Krankheit mindest eine Woche gefehlt. Unsere Berechnungen haben ergeben, daß durch diese Belastungen, da der Betrieb ja alle Kosten selbst trägt, die Arbeitsleistung einer unserer Mitarbeiterinnen genau so teuer ist wie eine Facharbeiterstunde, teilweise teurer. Dieser Zustand ist unhaltbar. Wir möchten an Sie appellieren uns Sie zu folgender Überlegung anregen.

- 1) Durch Ihr Fehlen gefährden Sie Ihren Arbeitsplatz, denn wir sehen uns gezwungen den Arbeitsplatz umzustellen.
- 2) Durch Ihr Fehlen gefährden Sie jedoch auch die Arbeitsplätze Ihrer Kolleginnen, denn der Betrieb wird angeregt auf die Mitarbeit von Frauen verzichten zu müssen.
- 3) Weisen wir darauf hin, daß die auf den Krankmeldungen vom Arzt eingetragenen Daten für Ihre Arbeitsunfähigkeit nicht Daten sind, die Sie unbedingt einhalten müssen. Sie können die Arbeit früher als zum angegebenen Zeitpunkt wieder aufnehmen und es ist nicht erforderlich vom Arzt geschriebenen zu werden. Bitte haben Sie für unsere Ausführungen Verständnis und seien Sie gewiß, daß wir in Zukunft auf die entstehende Situation reagieren müssen

Berlin den 6.1.1971

Jacknau

1-LEHNBURO TELEFON BANKKONTO: BERLINER COMMERZBANK AG
030 331 35 46 / 331 62 50 102 26 204 4 ZWEIFIGSTELLE SPANDAU, KONTO NR. 59010/000
HRB 4027 BERLIN-CHARLOTTENBURG - GESCHAFTSFÜHRER: ALEX JACKNAU

GELATERIA-PIZZERIA SAN MARINO

SAVANA PLATZ 11 WÄHRE TV TELER

STUD. PIZZA VON 10-16h	GEÖFFN. BIS 3h MORG.
3.30 DM MIT GETRÄNK	PIZZA SPAGNEM LASAGNE CANNELONI

GUTSCHEIN
1-DM bei einem Essen für 883-Leser bei SAN MARINO



BEGLEITTEXT:

"Nicht nur Gott, sondern auch dem Staat hat sich Schwester Mary Cornelia vom "Orden der göttlichen Vorschung" des St. Elizabeth-Konvents verschrieben. Als Polizistin unterstützt sie das Jugend-Bezirksamt von Pontoon Beach (MS - Staat Illinois) über ihr Ordenskleid zieht die Nonne eine Lederjacke und wie bei ihren männlichen Kollegen buxelt ein Revolver an ihrer Hüfte."

Frage: Ob die Befriedigung, die Schwester Mary Cornelia beim Umlegen eines jugendlichen Delinquenten empfindet, wohl genau so groß ist, wie die Befriedigung, die sie empfinden würde, wenn der jugendliche Delinquent Schwester Mary Cornelia "umlegen" würde?

Strafanzeige

- 1) Herrn Staatsanwalt Thiele,
erreichbar über den Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin,
1 Berlin 21, Turmstr. 91
- 2) Frau Amtsgerichtsrätin Reissbach,
erreichbar über den Amtsgerichtspräsidenten beim Amtsgericht
Tiergarten, 1 Berlin 21, Turmstr. 91

wegen
gemeinschaftlich begangener

Aussagen erpressung

Verbrechen, strafbar nach den §§ 47, 343, StGB

Sachverhalt:

Der Beschuldigte zu 1) ist bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin Sachbearbeiter in der für politische Delikte zuständigen Abteilung.

Der Beschuldigte zu 1) ermittelte im Sommer 1970 wegen verschiedener Bombenanschläge u.a. gegen eine Reihe von Personen u.a. gegen die 18-jährige Hella Maher.

Die Beschuldigte zu 2) war bis zum Jahresende jahrelang Vernehmung- und Ermittlungsrichterin beim Amtsgericht Tiergarten in Berlin. Diese war am 29.9.1970 mit einer schweren Erkrankung (Infektiöse Hepatitis wegen Suchtmittelmissbrauchs) in das Auguste-Viktoria-Krankenhaus in Berlin-Steglitz eingeliefert worden. Dort wurde sie von den mit den Ermittlungen beauftragten Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ständig, bis zu zweimal täglich, aufgesucht und zu einzelnen Bombenanschlägen befragt. Deshalb beantragte der Beschuldigte zu 1) am 13. Oktober 1970 eigenhändig, "Termin zur Vernehmung der teils Mitbeschuldigten, teils Zeugin Maher zu bestimmen".

Aufgrund der Ermittlungen der Kriminalpolizei und der polizeilichen Aussagen der Hella Maher war dem Beschuldigten zu 1) bekannt, daß diese mit einer Gruppe von Personen dauernd zusammen gewesen und zusammen gelebt hat, die von den Ermittlungsbehörden für eine Reihe von Bombenanschlägen verantwortlich gemacht wurden. Der Beschuldigte zu 1) wußte aufgrund des damaligen Standes der Ermittlungen, daß Hella Maher dringend verdächtig war, an der Ausführung einer Reihe von Straftaten, die Gegenstand der Ermittlungen gewesen sind, selbst unmittelbar oder doch an ihrer Planung beteiligt gewesen zu sein, zumindest aber von diesen gewußt zu haben.

Am 16.10.1970 wurde Hella Maher dann in Gegenwart des Beschuldigten zu 1) von der Beschuldigten zu 2) im Auguste-Viktoria-Krankenhaus richterlich vernommen. Nach einer Vorbesprechung, die sich einige Stunden hingezogen hatte, machte Hella Maher zunächst Aussagen über ihr Zusammenleben mit einigen Personen, gegen die Ermittlungsverfahren anhängig waren, und schilderte dann einen Einzelvorgang. Durch letztere Schilderung belastete sich Hella Maher selbst in erheblichem Maße.

Spätestens am Schluß dieser Vernehmung wußten die Beschuldigten zu 1) und 2), daß diese und alle weiteren Vernehmungen der Hella Maher sich gegen eine selbst im höchsten Grade der Tatbeteiligung Verdächtige, also eine Beschuldigte, richtete.

Die Vernehmung vom 16.10.1970 wurde unterbrochen, in der Absicht sie zu einem anderen Zeitpunkt fortzusetzen, zu dem Hella Maher "zu den Einzelaktionen und den Personen der daran Beteiligten Angaben machen" sollte. (Blatt 14 der Akten 1 P Js 978/70).

Die Mitbeschuldigte, Hella Maher, wurde nach dieser Vernehmung mehrfach, insbesondere auch am 22.10.1970 von Vertretern der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei aufgesucht. Sie erklärte den Vernehmungsbeamten, daß sie nicht mehr bereit sei, weitere Aussagen zu machen. (Vermerk Blatt 15 der Akten 1 P Js 978/70).

Gleichwohl wurde Hella Maher am 10.11.1970 erneut von den Beschuldigten zu 1) und zu 2) im Auguste-Viktoria-Krankenhaus aufgesucht, wo sie als "Zeugin" in der Strafsache gegen Budde wegen Sprengstoffbesitzes zu vernehmen.

Obgleich die Aufgesuchte sich in der vorangegangenen richterlichen Vernehmung gerade bezüglich des Verdachts des Sprengstoffbesitzes selbst sehr schwer belastet hatte, wurde sie nicht als Mitbeschuldigte vernommen und als Zeugin auch nicht einmal nach § 56 StPO belästert.

Der Beschuldigte zu 1) regte daraufhin die gerichtliche Anordnung von Erzwangungshaft an. Hella Maher verweigerte dennoch auch jetzt die Aussage. Daraufhin wurde ihr vom Beschuldigten zu 1) der Erlaß eines Beugehaftbefehls angekündigt. Trotzdem blieb Hella Maher bei ihrer Weigerung. Die Beschuldigte zu 2) erklärte und verkündete nunmehr "zur Erzwangung einer Aussage" einen Beschluß, wonach gegen die "Zeugin" Hella Maher Beugehaft angeordnet wurde.

Weiter heißt es dann in dem Protokoll:

"Nachdem nunmehr etwa eine weitere Stunde über die tatsächliche und rechtliche Situation gesprochen worden ist, erkläre ich, daß ich wiederum bereit bin, meine Aussage fortzusetzen, und zwar so, wie ich es am 16.10.1970 angekündigt habe, zu sämtlichen Einzelaktionen". Im Laufe dieses Gesprächs erklärte der Beschuldigte zu 1) der Vernommenen u.a., sie werde sogleich in die Untersuchungshaftanstalt überführt. In Gegenwart der Hella Maher telefonierte er mit einer Behörde und forderte einen Überführungswagen an. Kurze Zeit nach diesem Telefonat teilte er der Hella Maher mit, ein Krankenwagen stehe nunmehr vor dem Krankenhaus bereit und veranlaßte das Zusammenpacken der persönlichen Habe der Kranken.

nicht nur andere, sondern vor allem sich selbst in erheblichem Maße belastet hat, hob sie die Beschuldigte zu 2) den Beschluß über die Anordnung der Erzwangungshaft auf.
Beiden Beschuldigten war zur Zeit der Tat bekannt, daß Hella Maher seit Wochen wegen einer schweren Hepatitis infolge von Suchtmittelmissbrauch physisch und psychisch schwer krank in stationärer Behandlung im Krankenhaus lag. So mußte die Vernehmung durch die Beschuldigten zu 1) und 2) vom 16.10. aufgrund des Gesundheitszustandes der Kranken abgebrochen werden.
Aus einem Vermerk der beiden Beschuldigten bekannten Ermittlungsakten ergab sich außerdem, daß der behandelnde Arzt die psychische Situation der Zeugin für derart einschneidend angesehen hatte, daß er erneutes Ansprechen zu diesem Zeitpunkt nicht für sinnvoll ansah. Auch am Tagge bemerkten die Beschuldigten, wie die Kranke während der 11-stündigen Vernehmung mehrfach Medikamente zu sich nehmen mußte.



Rechtliche Beurteilung:

I. Der objektive Tatbestand des § 343 StGB ist erfüllt durch die Beantragung und Anordnung der Beugehaft gegen die 18-jährige, schwerkranke Mitbeschuldigte, allein zu dem Zweck, um von dieser eine Aussage zu erpressen.

Denn schon die Drohung mit dem schließlich verhängten Zwangsmittel der Beugehaft war nach geltendem Prozeßrecht im vorliegenden Falle nicht erlaubt.

Erzwangungshaft darf nämlich nach § 70 Abs. 1 und 2 StPO zur Erzwangung von Aussagen nur gegenüber Zeugen und auch gegenüber diesen nur dann angeordnet werden, wenn kein gesetzlicher Grund sie zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt.

1. Beugehaft zur Erzwangung einer Aussage darf gegenüber Beschuldigten oder Mitbeschuldigten niemals verhängt werden. Dies ergibt sich bereits aus dem Wortlaut des § 70 Abs. 1 und 2 StPO aber auch aus § 136 Abs. 1 StPO.

a) Die Vernommene, Hella Maher, wurde aber zumindest auch als Mitbeschuldigte vernommen. Dies ergibt sich bereits aus dem Aktenvermerk des Beschuldigten zu 1) vom 13.10.1970.

Aber auch für einen Mitbeschuldigten gilt der Grundsatz, daß er, weil und solange er dies ist, nicht Zeuge sein kann, und zwar weder gegen sich selbst noch gegen einen anderen Mitbeschuldigten. Er hat ohne weiteres die Fähigkeit verloren, in dem Verfahren Zeuge im Sinne der Strafprozeßordnung zu sein, sei es gegen sich selbst, sei es gegen einen Mitbeschuldigten.

Der Verlust der Zeugeneigenschaft erstreckt sich in einem solchen Falle sogar auf selbständige Straftaten eines anderen Mitbeschuldigten, hinsichtlich derer er selbst nicht mitbeschuldigt, ja nicht einmal verdächtig ist. (So zitiert wörtlich nach BGH St NJW 57, 231; so auch schon RG 6, 280).

Aus dem bereits oben zitierten Vermerk des Beschuldigten zu 1) folgt zweifelsfrei, daß die Staatsanwaltschaft als Strafrechtspflegeorgan, welches das Verfahren im damaligen Abschnitt maßgeblich gestaltet hat, dieses gegen die Vernommene zumindest seit dem 13.10.1970 als Mitbeschuldigte betrieben hat.

b) Aber völlig unabhängig von dieser formellen Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Vernommene, ist es nicht dem Belieben der Strafverfolgungsbehörde überlassen, ob eine zu vernehmende Person als Zeugin oder Mitbeschuldigte anzusehen ist.

Denn würde die Strafverfolgungsbehörde einen als Täter einer Straftat oder Teilnehmer an ihr verdächtigen, den als Beschuldigten zu verfolgen gute Gründe vorliegen, auch sachfremden Erwägungen willkürlich in die Rolle eines Zeugen drängen, etwa zu dem Zwecke, ihn als solchen dem Aussage- und womöglich dem Eidzwang auszusetzen, so vermöchte ein solcher Mißbrauch des Ermessens ihm nicht die Eigenschaft als Zeugen zu verleihen. (So wörtlich BGH NJW 57, 231).

Im vorliegenden Fall ergaben sich aus den polizeilichen Vernehmungsprotokollen der Hella Maher, spätestens aber aus dem richterlichen Vernehmungsprotokoll vom 16.10.1970 nicht nur gute sondern geradezu zwingende Gründe, diese als Mitbeschuldigte zu verfolgen.

Wer kennt die Adresse von der Justiz P. 9. 11. 1970 bei Richter Reissbach Präsi. ver. Cal. 1. 1. 70

wichtig

Überbule popo
'Anarchistenlager'
KOTSCH Vollgang
Privat 42 Pöckelsstr.
tel. 756302

Kleinanzeigen

Unterstützt massenhaft die Genossen im Knast! Schreibt Briefe, beantragt Beuchzeiten, spendet reichlich der **SCHWARZEN HILFE!**
Die Genossen aus Kassel spendeten der Schwarzen Hilfe DM 1000.--. Das Geld kam den Genossen im Knast gleichmäßig zu.

Was ist am Rote -Hilfe-Komitee der KPD-A-Null rot?
Die Ohren. ---- Vor Scham.....

Am 26.2.71, 20 Uhr spielen: Gruppe 13 und Ton Steine Scherben, Eintritt 2,50 DM In der TU, Alte Mosaik für die GEFANGENEN - FÜR DIE GEFANGENEN

Abrechnung Karten J. Tull: DM 365,00 für die Gefangenen.
Preisfrage: wo aber sind die ca. 2.000,-- DM die verdient wurden???

Bei Verhaftung: Keine Aussage machen! Nochmals Maul halten!!!

5

2. Selbst wenn aber einmal unterstellt wird, daß die Vernehmung der Hella Maher als "Zeugin" (so bezeichnet im richterlichen Protokoll vom 10.11.1970) nicht zu beanstanden war, dann war die Androhung und Verhängung von Erzwingungshaft dennoch unzulässig.

a) Denn der Vernommene stand ein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 55 StPO zu, auf das sie gemäß § 55 Abs. 2 StPO sogar hinzuweisen war. Letzteres auch dann, wenn sie in einer 24 Tage zurückliegenden Vernehmung bereits auf ihr Recht aus § 55 Abs. 1 StPO hingewiesen war, zumal die Vernehmung vom 16.10.70 hinreichend Grund der Annahme bot, die Vernommene selbst könne sich strafbar gemacht haben.

b) In die Beugehaft durfte auch nicht deshalb angedroht oder gar verhängt werden, weil die Vernommene sich weigerte, überhaupt eine Aussage zu machen.

Im vorliegenden Fall stand die in Betracht kommende Aussage mit strafbaren Handlungen der Hella Maher in so engen Zusammenhang, daß nichts übrig bleibt, was sie ohne die Gefahr strafrichterlicher Verfolgung hätte bezeugen können. Das Recht auf Auskunftsverweigerung aus § 55 StPO wird in diesem Falle zum Recht der Verweigerung des Zeugnisses in vollem Umfange. (So RG St 4, 45; BGH St 10, 105).

Der oben wiedergegebene Sachverhalt legte ohne weiteres nahe, daß jede weitere Auskunft die 18-jährige Maher der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung wegen schwerster Straftaten aussetzen mußte.

Dies ergab sich bereits aus dem in der Vernehmung vom 16.10.70 geschilderten engsten Zusammenhang mit dringend verdächtigen Personen und der Schilderung einer Einzelaktion, die zur Erlangung von Sprengstoff geführt hatte. Der Verdacht von Sprengstoffbesitz war laut richterlichem Protokoll aber gerade Gegenstand der Vernehmung vom 10.11.70.

Deshalb hat die 10. Große Strafkammer in der Hauptverhandlung vom 26.1.1971 die vollständige Verweigerung der Aussage durch Hella Maher auch ohne weitere Berechtigt anerkannt. Dies ergab sich aber vor allem aus dem Protokollen über die vorangegangenen kriminalpolizeilichen Vernehmungen.

Zu berücksichtigen ist bei der Beurteilung der Weigerung der Vernommenen auszusagen aber auch, daß diese erst 18 Jahre als war, wegen schwerer Hepatitis seit Wochen im Krankenhaus lag und dadurch sowie durch die Einnahme starker Medikamente geistig und körperlich so stark geschwächt war, daß sie als juristische Laiin, die vor der Vernehmung nicht einmal nach § 55 StPO belehrt worden war, nicht in der Lage sein konnte, ihr Verweigerungsrecht juristisch einwandfrei zu begründen.

c) Die Ausnutzung der Jugend und Unerfahrenheit, des Krankheits- und Schwächezustandes der Vernommenen läßt die Androhung und Verhängung der Beugehaft vor allem im Zusammenhang mit den sonstigen Aktivitäten des Beschuldigten zu 1) (Herbeirufen eines Überführungs-wagens, Zusammenpacken der Habseligkeiten) selbst dann als unerlaubt erscheinen, wenn die Verhängung von Beugehaft im vorliegenden Fall grundsätzlich möglich gewesen wäre.

II. Auch der subjektive Tatbestand des § 343 StGB ist erfüllt.

Beide Beschuldigten kannten und billigten alle Umstände des objektiven Tatbestandes und beiden kam es allein darauf an, ein Geständnis bzw. eine Aussage zu erlangen.

Dies folgt zweifelsfrei aus dem Protokoll vom 10.11.1970. Auch war den Beschuldigten bekannt, daß Hella Maher als "Mitbeschuldigte" anzusehen war. Dies folgt aus dem vom Beschuldigten zu 1) verfaßten Vermerk vom 13.10.1970, den die Beschuldigte zu 2) aus den Akten kannte.

Selbst wenn die Beschuldigten die Androhung und Verhängung der Beugehaft für erlaubt gehalten hätten, so wäre dies als Verbotsirrtum anzusehen, der als unentschuldigbar anzusehen ist und damit selbst eine Milderung der Schuld nicht zulassen würde.

Denn der Beschuldigte zu 1) mußte aufgrund seiner juristischen Ausbildung als Volljurist und seiner jahrelangen Tätigkeit als Staatsanwalt, der selbst viele Ermittlungen geführt und bei unzähligen Vernehmungen von Zeugen und Beschuldigten zugegen gewesen ist, die oben ausgeführte rechtliche Beurteilung der Situation der vernommenen Person, Hella Maher, bekant sein. Andernfalls müßte davon ausgegangen werden, daß dem Beschuldigten zu 1) elementare juristische Kenntnisse seines engeren Arbeitsbereiches - praktisch das Einmaleins eines Vernehmungsbeamten der Staatsanwaltschaft - fehlten und die einschlägige höchstrichterliche Rechtsprechung unbekant war. Dies wäre aber im höchsten Maße vorwerfbar.

Gleiches gilt auch für die Beschuldigte zu 2), deren Aufgaben es seit Jahren im Amtsgericht Tiertgarten war, Zeugen und Beschuldigte in Ermittlungsverfahren richterlich zu vernehmen.

III. Errewendig ist bei der strafrechtlichen Würdigung des Verhaltens der Beschuldigten zu berücksichtigen, daß diese planmäßig die

Jugend, Unerfahrenheit in juristischen Dingen, physisch- und psychische Schwäche und Krankheit der Vernommenen ausgenutzt und während der Verhängung der Beugehaft folgenden 11-stündigen Vernehmung keine Pause eingelegt haben. Entgegen sonstigen Gepflogenheiten für Vernehmungen am Krankenbett wurde im vorliegenden Falle sogar von der Aufnahme des Beginns und des Endes der Verhandlung im Protokoll abgesehen.

KAMPF der französischen GENOSSEN gegen die Bullen u. Justiz

" Zum zweitenmal innerhalb weniger Monate haben die politischen Gefangenen in jedem Gefängnis Frankreichs den Hungerstreik ausgelöst. Für ihre Forderungen, für die Anerkennung als politische Gefangene, haben sie die Gefängnisverwaltung den Krieg erklärt; der Hungerstreik ist ihre Art, Besetzungen und Gefangennahmen vorzunehmen.

Seit dem 14. Januar befinden sich 21 Genossen im Hungerstreik. In Toulouse sind seit dem 5. Januar 4 Genossen im Streik: ANELLI, MAUBRAS, DELAGE-DELUGET; die beiden letztgenannten sind im Krankenhaus. Nach 25 Tagen im September sind GÉISMAR und MAUBRAS wieder im Hungerstreik; medizinisch gesehen ist das für sie sehr riskant.

Und alles ist dazu angetan, daß ihr Kampf sich in Schweigen verliert. Seitens der korruptierten Informationsorgane schweigt alles. In den Gefängnissen herrscht Ruhe!

Alles ist aber auch in jeden Gefängnis dazu angetan, daß die Genossen weich werden, daß sie den Kampf aufgeben.



In Fresnes entzieht man ihnen Zucker und Mineralwasser; um sie zu provozieren, bietet ihnen die Verwaltung Essen an. Jede Lektüre, auch die der Bücher aus der Gefängnisbibliothek oder reaktionärer Zeitungen, ist ihnen untersagt. Die Freistunde im Gefängnis findet nicht statt.

In Fleury ist das Tragen einer Uniform vorgeschrieben, man darf keine Mollaschen tragen; die Kälte wird unerträglich. Zwei von drei Briefen werden nicht weitergeliefert, Ausgänge in den Hof werden entzogen. Man gibt mehreren Gefangenen einen einzigen Rasierapparat, trotz der sich dadurch ausbreitenden Infektionsgefahr. So versuchen die Jungs, den Rasierapparat mit Wasser zu reinigen, trotz der Gefahr sich zu elektrisieren.

In Fleury und in der Santé (Paris) gibt es nach 8 Tagen Hungerstreik noch immer keine ärztliche Betreuung.

In Nantes gibt es im Gefängnis keinerlei Heizung. Abgesehen davon friert man sowieso in allen Gefängnissen - aber die Kälte erhöht noch die Gefahr für die streikenden Genossen.

In Montbelliard hat man dem Rechtsanwalt das Recht entzogen, die Gefangenen zu besuchen.

Es folgt die Anklage des für diese Zustände verantwortlichen Justizministers PLEVEN und die Aufforderung, ihn dafür bezahlen zu lassen. Man erinnert an den Sturm auf die Bastille, die Befreiung der Gefangenen durch das Volk.

Das Flugblatt ist unterzeichnet: "Die Maoisten".

Die POLITISCHEN GEFANGENEN selbst haben folgendes Flugblatt herausgegeben:

"Es gibt in Frankreich 30.000 Gefangene, 10.000 Personen durchlaufen jedes Jahr die Gefängnisse (...)

Wir prägnant die schändlichen Klassenunterschiede an, die sich auf das Geld gründen. Um einigermassen in Knast zu leben, muß man "kantiniere", d.h. so ziemlich alles kaufen: Tabak, Getränke, Zahnbürste, Zucker, Salz, Zigaretten etc... Es heißt also einfach, entweder hat man Geld, man bekommt es von Außen und kommt ganz gut zurecht, oder man hat kein Geld, und dann hat man die Wahl: Schliefen, fressen oder arbeiten.

Und das bringt ganz schön etwas ein, ein Gefangener, der arbeitet: in Lohn zwischen 2,50 F und 3,50 F pro Tag, wovon die Verwaltung 3/10 für einen Untersuchungsgefangenen und 4/10 für einen Verurteilten einbehält. Danach werden noch die Kosten für das Gerichtsvorfahren und die Ersparnisse für die Entlassung einbehalten, so daß dem verurteilten Gefangenen nur zwischen 0,80 F und 1,10 F übrigbleibt, um zu "kantinieren" (...)

Wir fordern, daß wir in Gruppen zusammengelegt werden, um gemeinsam arbeiten zu können, was impliziert, daß in jedem Bezirk die notwendigen Verlegungen erfolgen. Insbesondere fordern wir, daß alle Gefangenen in der Region von Paris und in der Provinz, die einen entsprechenden Antrag stellen, in der Santé zusammengelegt

Alle diese Maßnahmen wurden früher anderen politischen Gefangenen zugestanden, und kein technisches oder Sicherheitsargument kann ihnen entgegengehalten werden. Die skandalösen Bedingungen, denen man uns unterzieht, resultieren nicht aus materiellen oder Verwaltungsschwierigkeiten, sondern aus einem rechtlich geplanten System von Schikanen.

Wir wollen, daß das aufhört, und wir werden den Hungerstreik durchhalten, bis unsere Menschewürde anerkannt wird."

AUS DEM BRIEF EINES PARISER GENOSSEN (4. Februar 1971):

" Im Augenblick setzen 22 politische Gefangene den Streik fort, 6 sind inzwischen frei - sie haben ihre Strafe abgesessen -, die 3 aus Toulouse sind in das Gefängnis von Marseille gebracht worden; für sie ist es der 31. Tag, und in Marseille sind sie noch mehr isoliert.

In Paris und anderswo halten die anderen weiter durch.

Außerhalb der Gefängnisse: wir sind hier 11 Leute, die am 22. Januar begonnen haben, es geht allen gut, die Stimmung ist optimistisch. Wir haben pro Tag etwa 40 Besucher - wir haben uns in einer Kapelle unter dem neuen Montparnasse-Bahnhof einquartiert (Chapelle St.Bernard), einer sehr verkehrsreichen Stelle.

Seit gestern beginnt in der Sorbonne eine neuer Streik, 5 Professoren, in der Naturwissenschaftlichen Fakultät 3. In Aix-en-Provence haben gestern 5 Studenten begonnen.

Wir hoffen, daß die Bewegung sich ausbreiten wird. Denn: es gibt hier eine Verschwörung des Schweigens. Presse, Radio und Fernsehen sind stumm oder so gut wie. Die Regierung will uns maximal isolieren. Jede Nacht versucht die Polizei, uns einzuschüchtern; und bemüht sich mit allen Mitteln, uns aus der Kapelle zu vertreiben. Ein Kommando Dullenkam während der Nacht des 2. Februar, sie haben alles umgestürzt und die Plakate abgerissen. Wir haben jetzt eine Nachtwoche.

Dieses große Schweigen muß durchbrochen werden, das ist unsere feste Absicht, und mehr als je zuvor sind wir entschlossen, bis zur letzten Konsequenz zu gehen.

FORSETZUNG NÄCHSTE SEITE

OBLOMOW
KNEIPE IN DER FLEISCHEREI
HRAUBACHSTR. 1 GR. BIER

6

SCHLUSS mit der Unsicherheit in Berlin!

Berlin darf nicht länger Tummelplatz sein für

SPD / CDU
SEW / FDP



Seit einiger Zeit kursierten wieder die tollsten Gerüchte: Die AO soll zu den Wahlen aufgerufen haben, der KB ist dagegen; die PL empfiehlt SEW zu wählen, die AO ist doch dagegen, usw. Bis man dann in den parteieigenen Hausblättern nachlesen kann, was nun wirklich gespielt wird. Also, die AO ist gegen Wahlbeteiligung, zielt sich aber noch ein wenig, um zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sie sich bei Wahlen nicht mehr blamieren kann, dann doch beteiligen zu können. ("Frei von der Illusion einer Eroberungsstrategie führt sie den Kampf um jede wählbare Position..."). Der KB verschwand in der Versenkung, manchmal werden noch ein paar davon gesehen, was soll's! Die PL hält die Wahlen für eine Farce, will die Wahlversammlung, um den ganzen Schwund zu entlarven - nun gut, eine Partei wollen sie trotzdem aufbauen, wenn auch nicht für's Parlament. Dann gibt's noch die Trotzlisten, die sind gegen die SEW und gegen die Wahlen und deshalb vor, die SEW zu wählen, natürlich nur aus taktischen Gründen.

WOZU DAS ALLES ??

Immer wieder, wenn die Waschmittelplakate einmal für geraume Zeit durch Parteiplakate verdrängt werden, wenn statt der ewigen Weißmacher einem die Zukunftsmacher der CDUSPDPFSEW auf den Wecker fallen, dann erhebt sich in den verschiedensten Zirkeln und Sekten ein großes Gemunkel: Sollen wir wählen?

Ja, sagen die einen, denn: "Ein bedeutsamer Stimmenzuwachs der SEW kann eine organisierende Wirkung haben, weil die kämpferischen Arbeiter daraus ablesen können, daß sie keineswegs so isoliert sind, wie sie vorher vielleicht noch glaubten." (Spartacus)

Nein, sagen die anderen, denn: "Diese lächerliche Handlung, Kandidaten zu wählen, die man nicht aufgestellt hat, die man nicht kennt und die man später in ihrer politischen Praxis nicht kontrollieren kann - geschweige denn absetzen - enthält die ganze politische "Macht", die in der bürgerlichen Gesellschaft diejenigen haben, die nicht über wirtschaftliche Macht verfügen." (PL)

Und innerhalb dieser beiden Positionen bewegt sich der Rest, lediglich durch andere Zitatenauswahl und andere Phrasen unterschieden.

Die These von den Genossen, die glauben, daß eine Stimmenzunahme der SEW eine politisierende oder gar organisierende Wirkung auf die kämpferischen Arbeiter haben werde, ist ein Widerspruch in sich selbst. Wenn die Arbeiter wirklich zu kämpfen beginnen, dann brauchen sie in ihrem Kampf nicht noch dadurch bestärkt werden, daß sie wissen, daß die SEW - oder die DKP in Westdeutschland - Wahlstimmen gewonnen hat.

Wenn sie etwas aus den gewonnenen Wahlstimmen der "Arbeiterparteien" ablesen können, dann dies: solange die SEW und die DKP, die die bestehenden Gewerkschaften akzeptieren und sich für eine Verstärkung ihres Einflusses überall einsetzen, von Arbeitern gewählt werden, solange haben die "Kämpferischen Arbeiter" noch zuwenig gekämpft, haben sie noch zu wenig in ihren Kämpfen sich praktisch mit den notorischen Abwiegern und Mitbestimmungsideologen der SEW und DKP auseinandergesetzt.

Man sieht also, das Argument der SEW-Wahl-Befürworter reduziert sich auf den tatsächlichen Inhalt: wenn die kämpferischen und kampfbereiten Arbeiter sehen, daß viele Arbeiter die SEW wählen, dann sehen sie, daß sie noch zu wenig gekämpft haben, daß sie noch zu wenig begonnen haben, ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen, daß noch zu viele von ihnen daran glauben, Parteien oder Gewerkschaften könnten ihre Interessen vertreten.

Nun gibt es noch eine andere Begründung, die SEW zu wählen. Man behauptet, daß die Bedingungen für unseren sozialistischen Kampf günstiger, besser sind, wenn wir durch eine "massenhafte Wahl" der SEW (manche sagen dann gar der SPD) das Parlament so verändern, daß "fortschrittliche" Abgeordnete innerhalb der Parlamente unseren Kampf unterstützen könnten.

Nun, dahinter steckt einfach die bürgerliche Illusion, daß das Parlament Instanz und Zentrale der politischen Entscheidungen ist. Wenn das Parlament jedoch heute tatsächlich noch eine Funktion hat, dann die, daß es die Unterdrückung und Ausbeutung der Massen in der Klassengesellschaft verschleiern

soll. Gerade mit dem Gang zur Wahlurne sollen die Massen selbst ihrer Unterdrückung und Ausbeutung alle paar Jahre zustimmen, wobei diese Zustimmung in der Parlamentarischen Demokratie als Gipfel der politischen Freiheit erscheint. So werden die Massen bei der Illusion gehalten, daß sie - wenn sie nur wollten - durch ihren Gang zur Wahlurne die Gesellschaft verändern, die "Entwicklung" beeinflussen können. Der Wahlzettel wird so zum Motor der Geschichte. In den tatsächlichen Kämpfen, und nur in ihnen, erfahren jedoch die kämpfenden Massen, daß die Gewalt die Klassengesellschaft verändern kann und bisher verändert hat. In unserer Gesellschaft fungieren die Parlamente als Veröffentlichungsorgane der Gewalt der Herrschenden.

Der Parlamentarismus hat die Aufgabe, die Massen von ihrer aktiven Teilnahme an der Politik abzuhalten und ihre wahren Interessen zu unterdrücken. Durch diese Politik, die die Mehrheit der Produzenten von einer kontinuierlichen politischen Arbeit abhält und die Apathie gegen ein politisches Bewußtsein noch verstärkt oder zumindest in systemimmanente Bahnen lenkt, wird der "Soziale Frieden" gesichert, der nur ein Frieden für die Profite der kapitalistischen Ausbeuter sein kann.

Der Parlamentarismus kann also nur eine Integration in das System bewirken und somit die Herrschaft der Unternehmer weiter festigen bzw. verlängern. Durch Scheingefechte und "harte" Auseinandersetzungen im Parlament wird der Bevölkerung das Bild eines Ringens um die richtige Politik vermittelt. Es wird dadurch verschleiert, daß sich alle drei Parteien im Grunde genommen einig sind. Es entgeht den meisten dabei, daß im Parlament nur Gesetze gegen das Volk gemacht werden.

Das Parlament hat im kapitalistischen System nur die Funktion, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschleiern, die Volksmassen in ihrer unpolitischen Haltung zu belassen und den Herrschaftsanspruch der kleinen radikalen Minderheit über die Mehrheit zu sichern. Die tatsächlichen Entscheidungen werden in den Ausschüssen verhandelt, wo die Kapitalisten durch ihre Vertreter ihre Interessen selbst anmelden.

Mit Hilfe des Fraktionszwanges wird über die ausgehandelten Entscheidungen nur noch formal im Parlament abgestimmt. Jede Partei vertritt im Parlament eine bestimmte Position innerhalb der Kapitalistenklasse, so z.B. die CDU die reaktionäre Fraktion gegenüber der SPD, die den "fortschrittlichen" Teil innerhalb der Kapitalistenklasse darstellt. Wenn wir von dieser Funktion des Parlaments in unserer Gesellschaft ausgehen, müssen wir die Frage stellen, was könnte eine sozialdemokratische Partei alten Typs wie die SEW da noch groß ändern? Das Ziel der SEW ist ein "Sozialismus", den sie reformistisch erobert will; sie will durch Mitwirkung im Parlament langsam die Mehrheit erobert. Bei einem bestimmten Stand der Entwicklung der Produktivkräfte und bei eindeutigen Mehrheitsverhältnissen für die SEW schlägt dann irgendwann einmal der bürgerliche

Staat in den "sozialistischen" um. Dieser revisionistische Ansatz der SEW schlägt sich deutlich in ihrem Programm nieder und in ihren Forderungen, die sie stellt. So sit z.B. in der Frage der Bündnispolitik eine Aufgabe des Klassenstandpunktes deutlich zu erkennen. Es wird von Arbeitern, Lehrlingen, Schülern, Studenten, Angehörigen der Intelligenz geredet, ohne genau deren jeweilige Klassenlage zu untersuchen. In ihren gesellschaftspolitischen Forderungen kommt dieser revisionistische Ansatz voll zur Geltung. So z.B. bei der Forderung nach Mitbestimmung (Mitbestimmung - Mittel zur Überwindung des spätkapitalistischen Systems) und in den Vorstellungen zum Hochschulbereich. Von einer solchen Partei haben wir nichts zu erwarten, auch wenn sie ein paar Abgeordnete im Abgeordnetenhaus hat.

Sie versucht heute noch, einen versöhnlichen, linken Ton anzuschlagen, um als Aufwühlbewegung große Teile der ehemals antiautoritären Bewegung ihrer Partei (zumindest durch eine Wahlstimme!) zu verpflichten. Da die SEW im Zusammenhang der Gesamtstrategie des revisionistischen SU-Lagers begriffen werden muß, dürfte wohl klar sein, auf welcher Seite der Barrikade sich die SEW mitamt ihrer eventuellen Abgeordneten befinden wird, wenn es zu militanten Kämpfen kommen wird.

"Tatsächlich liefert nichts eine noch junge Arbeiterbewegung den Herrschaftsgehilfen der Akademiker so leicht und so sicher aus wie die Einzwängung der Bewegung in den Panzer eines bürokratischen Zentralismus."

Rosa Luxemburg, Ges. Werke
1/2, Seite 440

**883 kämpft, denkt,
lernt und wächst mit der ganzen Arbeiterklasse,
mit der sie durch tausend Fäden untrennbar
verbunden sein muß**

WÄHLT 883

Fortsetzung des Frankreich = artikels

Im Augenblick finden in Paris Gewalt-Aktionen statt. Die Gefängnisse wurden dreimal hintereinander angegriffen: gestern das größte Pariser Gefängnis: die Santé. Zwei Polizeiautos wurden angezündet - Die Zeitungen beilien sich, über diese Ereignisse zu berichten, um zu zeigen, daß die Kommandos der Linken Leute sind, die alles kaputt machen, und um sie vom Rest der Bevölkerung zu isolieren - aber nichts über die Hungerstreiks.

Die Streikparolen außerhalb der Gefängnisse:

- 1) Solidarität mit den Streikenden in den Gefängnissen.
 - 2) Zuhilfenahme des "Spezialstatus" der den politischen Gefangenen zukommt (sie sind als solche vorurteilt worden).
 - 3) Solidarität mit den "Kriminalen" Gefangenen, deren Haftbedingungen eine Schande sind. Man muß das französische Strafsystem an die Öffentlichkeit bringen. Dieser Punkt ist sehr wichtig.
- In Paris steigt die Popularität der Streiks dank der Roten Hilfe bei allen Kundgebungen - von denen die Presse nicht spricht. Oft sind mehr Bullen da als Demonstranten. Wir kämpfen, bis die Machthaber welchen. Wir bitten Euch, unseren Kampf in der Öffentlichkeit bekanntzumachen."

**PIZZERIA
AL MULINO**
(ATMOSPHERE WIE IM
"SAN MARINO")
MIT STUDENTENPIZZA
ODER SPAGHETTI MIT
GETRÄNKE 3.30 DM bis 17 h.
UND ALLE ANDEREN ITALIENISCHEN SPEZIALITÄTEN
FONTANE STR. 2 AM SBARNHOF
LICHTERFELDE WEST

**VERZEHRBON für 1 ESSEN
bei AL MULINO WERT 1.-DM
AN 883 LESER**

7

Doktor Knoepf
TÄGLICH 19⁰⁰ 3⁰⁰

HOLZKOHLENGRILL
3,50 PIZZA, 4,60 STAEK m. SALAT
2,50 MUSCHELN

GUTSCHEIN WERT 0700M
FÜR ESSEN VON MINDEST
2,500M
VON 0,70 DM

Gestapo Methoden an der PH

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE
BERLIN

PASSIERSCHEIN

Vor einigen Wochen hetzten die Polit-Bonzen im Abgeordnetenhaus gegen die Pädagogische Hochschule. Allen voran die CDU-Clique, die mit allen Tricks politischer Demagogie (Goebbels wäre vor Nald erbläht) die Rote Zelle PH und einige progressive Hochschullehrer diffamierte.

Die antikommunistischen Hetztiraden im Abgeordnetenhaus waren jedoch nur die Spitze des Eisberges. Unterdessen hat die SPD/CDU Clique, tatkräftig unterstützt vom Revolverjournalismus der Springerpresse, ihre reaktionäre Wählerarbeit innerhalb der PH konsolidiert.

4. Der ehemalige Proraktor, Prof. Erdmann, hat dafür gesorgt, daß sich politische Politisch Polizei in Zivil auf dem Gelände der PH herumtreibt, um gesellschaftskritische Professoren und Studenten zu fotografieren.

Die Rathaus-Clique hat vor einer sozialistischen Lehrerbildung so viel Angst, daß sie alle wissenschaftliche Mitarbeiter, Dozenten und Professoren, die für eine Neugestaltung an der PH in Frage kommen, vom Verfassungsschutz bespitzeln lassen.

5. Aus der ehemals liberalen Satzung der PH, wurde durch Manipulation des Akademischen Rats der PH (Rektor Prof. Heistermann) und des Senators F. Wissen u. Kunst, Prof. Stein, eine neue Satzung konzipiert, die dem Senator Stein das letzte Wort bei Berufungsverhandlungen ermöglicht, d.h. es wurde auf kaffem Wege eine Staatsaufsicht beschlossen. Die SPD hat sich auch schon davon Gebrauch gemacht: Eine Professor (monatl. Gehalt ca. 3.000,-DM netto) war für Vorschul-erziehung ausgeschrieben worden. Nicht der durch qualifizierte Veröffentlichungen bekannte Wissenschaftler Bittner wurde berufen, sondern der mit der Senatpolitik konformgehende Flachkopf Biglmaier wurde berufen, der von Vorschul-erziehung kaum eine Ahnung hat. Gesellschaftspolitische Interessen in der Vorschul-erziehung sind für ihn nicht existent. Bei ihm sollen die Kinder möglichst "früh" (DZ, BILD7 lesen lernen". Die Notwendigkeit der Forderung, Kinder schon in der Vorschule und später in der Schule zu gefähigen, subtile Herrschaftsmechanismen des Finanzkapitals und seiner Handlanger zu entlarven, will dieser Technokrat nicht akzeptieren.

6. Aber nicht genug damit: Die Rathaus-Bonzen entsenden Spitzel in die Lehrveranstaltungen mit dem Auftrag, festzustellen, welche Dozenten und Professoren sich für die Rechte der unterprivilegierten Arbeiterkinder einsetzen.

7. Sogar der amerikanische Imperialismus hat seine Klauen in der PH. Wie wir von einem Angehörigen des amerikanischen Geheimdienstes erfahren (CIA), er hat von dieser

Bitte beim Streipostenleiter vorlegen und bei Verlassen des Hauses dort abgeben

Name: Milut Freier
Tätigkeit: Prüfungsverbands im Bildbuch
Milut Koessler Fr. 8⁴⁵ - 10⁰⁰
Haus/Lehrer: Bildbuch
Datum/Zeit (von bis): 1.2.77 12⁴⁵ - 19⁰⁰

Für die Zentrale Streikleitung



Dieser Passierschein wurde vor GEBÜCKEN ausgestellt. Nicht gegen die Passierscheine des PH, sondern gegen die des GEBÜCKEN ausgestellt. Siehe den Passierschein des GEBÜCKEN.

Folgende TATSACHEN sind berichtenswert:

1. Da gibt es jetzt als neuen Chef der PH-Verwaltung einen gewissen Hinz, ca. 36 Jahre als, Oberregierungsrat, mit einem monatlichen Gehalt von etwa 2.000,-DM (netto). Dieser Typ hat vor den sozialistischen Studenten dermaßen die Hosen voll, daß er sich gleich nach Amtsantritt eine Direktions-tanzur Polizei und Feuerwehr gegen Tag. Der Spaß hat den werktätigen Steuerzahlern etwa 3.000,-DM bis 4.000,-DM gekostet. Vier Siemens-Techniker schufteten 4 Tage lang an dieser Installation.

Morgens, wenn die Arbeit der Verwaltungsangestellten beginnt, stellt sich diese Sau ans Fenster, um zu überwachen, ob auch alle ja pünktlich kommen. Abends belauert er die Angestellten, damit niemand 2 Minuten zu früh nach Hause geht.

2. Darüberhinaus hat er dafür gesorgt, daß bei Einbruch der Dunkelheit auf dem PH-Gelände ein Plg mit einem scharfen Schußhund patrouilliert.

3. Ferner gab der Senatsknecht Hinz die Order an Pförtner und andere Dienstkräfte aus, die Studenten, die auf dem Gelände der PH Plakate kleben oder Parolen an den Wänden anbringen, festzuhalten und der politischen Polizei zu übergeben.

schmutzigen Arbeit die Schnauze voll, muß aber mitmachen, weil sie ihn sonst in Vietnam verheizen) sind in der PH Schnüffler eingesetzt, um Aktivitäten und Namen sozialistischer Studenten in Erfahrung zu bringen. Auch bei Demonstrationen sind die Spitzel dabei, und sie arbeiten Hand in Hand mit der Westberliner Bürgerkriegsarmee. Es gibt einige reaktionäre Lehrkräfte an der PH, die sich besonders studentenföndlich verhalten. Sie arbeiten eng zusammen mit der CDU Clique im Rathaus. Hier sind ihre Adressen, falls Ihr ihnen mal schreiben wollt:

1. Karl-Heinrich Tauritz
1 Berlin 41, Steinsstr. 25,
Tel.: 72 48 02
2. Gerd Heinrich
1 Berlin 28, Frohnauer Str. 39
Tel.: 40 39 26
3. Dietrich Erdmann,
1 Berlin 37, Bismarckstr. 12
Tel.: 8 13 24 87

Es gibt ferner reaktionäre Lehrkräfte an der PH, die sich bereits Ende Januar - also wenige Tage vor dem ausgerufenen Streik - gegen das Verbot des soz. Studiums am Germanistischen Seminar - gegenseitig eine erholsame Streikwoche wünschten. Sie bringen damit zum Ausdruck daß sie während des Streiks und auch in der letzten Vorlesungswoche vor Semesterschluß nicht gewillt waren, Lehrveranstaltungen durchzuführen. Einige führen schon in den folgenden Tagen in die Ferien!

Wir fordern den Senator Stein auf, gegen diese parasitären "Wissenschaftler" Disziplinarverfahren einzuleiten und zwar mit der Begründung: Verstoß gegen das Beamtengesetz!

Alle vorstehenden Ausführungen zeigen: An der PH werden unter dem Vorwand, die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu schützen, von den Herrschenden kriminelle Bespitzelungsmethoden angewandt, die bei den Nazis üblich waren.

ENTLART DIE SENATSPITZEL! LEGT IHNEN UND DEN KOLLABORATEUREN DAS HANDWERK!!!

FREIHEIT für REUSSNER

Als der Genosse dummdrösig am 2. Juli 76 Flugblätter verteilte, wurde er in Oldenburg auf der Straße verhaftet - von der Klassenjustiz kann man weder Objektivität noch "Gerechtigkeit" erwarten.

Mit einer tödlichen Unterbrechung, die der Genosse im Irrenhaus verbrachte (weil er keine Aussage gemacht hat) genießt Hans Jürgen Reußner die Freiheit dieser Gesellschaft.

Inzwischen hat aber auch nach 6 1/2 Monaten der Faschist Ziegenor (Untersuchungsrichter), der die Zeugen befragt, ob der Genosse Anarchist sei, um im d e r a u s

den Strick zu drehen), einsehen müssen, daß der "dringende Tatverdacht der monechengefährdenden Brandstiftung" nicht mehr aufrecht zu halten ist. Da es selbst im stockfinsternen Oldenburg einen Skandal gegeben hätte, wenn man nach 6 1/2 Monaten den Genossen wegen mangelnden Tatverdachts rausgelassen hätte, was machen die Schweine denn? Sie entlassen sich der Flugblätter, die Reußner verteilt hatte, darin hat der Genosse die Bevölkerung auf den Altfaschisten L u c k e (Chef-

redakteur der NW7), der in Hitlers Propagandaministerium saß, und dafür 7 Monate !!

Aber verfallen wir nicht in den Fehler, die Zeit im Knast relativieren zu wollen. Jeder Tag eines Genossen im Knast ist ein Schlag in unser Gesicht. Wir müssen zurück schlagen!

Der Genosse Reußner hat in vielen Briefen, die beweisen, daß sie ihn auch nicht im Irrenhaus haben fertig machen können, geschrieben, daß er sich freuen würde, wenn wir am Tag Tage seiner Verhandlung eine zweite Auflage der Berliner Seifenoper inszenieren würden.

Erscheint also massenhaft zum Prozeß (der Termin wird noch bekanntgegeben).

Lassen wir nicht zu, daß die Neofaschisten an ihre Tradition anknüpfen knüpfen.



Auch Oldenburgs Justizknechte können ihren faschistischen Kollegen in Berlin, München, Hamburg usw. in nichts nachstehen, sind die doch selbst die ärgsten Faschisten.

Seit 7 Monaten "horlen" diese Scheine nun schon den Genossen Reußner in U-Haft.

Als in der Nacht zum 15. Juni 76 ein Koll in das CDU-Gebäude von Oldenburg flog, hatte der Genosse Angst, daß er mit dem Anschlag in Verbindung gebracht würde, hatte er doch in Oldenburg bereits einen Namen als "Linker". Er tauchte in einer hamburger Kommune unter und seine Berufungen hatten durchaus einen ersten Hintergrund, denn die Bullen veranstalteten, wie üblich, sofort eine Heiljagd gegen die oldenburger Linke.

Eine Woche später flog ein weiterer Koll in das Kreiswehrersatzamt. Mit Unterstützung eines schwachsinnigen "Genossen" von Spartakus, der ausgesagt hatte, der Genosse Reußner interessiere sich für "Republikane", fahndeten die Schweine nach Reußner.



1 BERLIN 61
GNEISENAUSTR. ECKE SOLMSSTR.
U-BAHN GNEISENAUSTR. MEHRINGDAMM
BUS 19,24,28
UNSERE KÜCHE
IST AB 20⁰⁰UHR GEÖFFNET
AGL AB 20¹¹UHR

FREIHEIT für alle



GEFANGENEN

Schreibt dem Genossen Hans Jürgen Reußner
20 Oldenburg
Bucht
Solidarität mit Hans Jürgen Reußner

Brief von Monika Berberich aus der Lehrter Straße.
1 Berlin - 27
Lehrter Str. 60/61
26.1.71.

Liebe....., dank Dir für Deinen Brief. Er kam diesmal wesentlich schneller als der erste. Überhaupt soll die Behandlung der politischen allgemein besser geworden sein, mehr Post, Besuch, usw. Unser Hungerstreik hat offenbar was gewirkt, wenn Hoppe und Co. auch offiziell nicht darauf reagiert haben. Ich habe gewisse Hoffnungen, 2 Bücherbestellungen, die ich bisher nicht gekriegt habe (weil man meint, ich würde damit politisch agieren) irgendwann doch noch zu bekommen. Eine Beschwerde in der Sache läuft fast 2 Monaten(!) Immerhin habe ich jetzt die Erlaubnis, im Leihverkehr aus der FUB Bücher zu beziehen, das ist schon mal sehr gut, alles zu kaufen würde ja auf die Dauer unheimlich teuer. Und dauern wird dies hier noch eine Weile. Bei dem Tempo, mit dem die Ermitteln und ihre Termine ansetzen.

Vor ein par Jahren wurde ja mal die Strafprozessordnung geändert um unangenehm lange U-Haft zu vermeiden. Geändert hat sich nichts, man brauchte bloß an dem "unangemessen" etwas herumzuinterpretieren. Genauso die "Anstaltsordnung"; mit der kannst du JEDE Einschränkung der persönlichen Freiheit begründen (die nämlich nach dem Gesetz nur soweit eingeschränkt werden darf, wie die Anstaltsordnung das erfordert). Das mal näher zu untersuchen wäre sicher interessant. Lohnt aber nicht, weil es um Kern des Problems, der Sinnlosigkeit der Strafanstalten überhaupt, vorbeigehen würde.

Daß Du lange von Dir nichts hast hören lassen, brauchst Du doch nicht zu entschuldigen! Ich weiß ganz gut, wie verdammt schwer es für einen draußen ist, für den der drin ist, was zu machen. In der Lage war ich ja lange genug und ich hatte immer das Gefühl, für die, die saßen, gar nicht viel machen zu können. Man kommt sich irre hilflos vor, nicht?

Ich finde es schon gut, wenn draußen ein paar Leute sind, die von Solidarität nicht bloß quatschen sondern sie auch beweisen. Also wie Du, trotz vieler Arbeit mal Schreiben und die Strapazen auf sich nehmen, eine Besuchserlaubnis zu bekommen usw. Sowas ist entschieden wichtiger und erfreulicher als Durchhalte- und Wir-stehen-zu-Dir-Parolen von Verwandten.

Ich fände es sehr gut, wenn Du mal ein paar 883 schicken würdest. Eventuell kommen sie durch. Fritz in München hat sie auch gekriegt. Wer gibt sie jetzt raus? Was mich sonst noch interessiert, sind die Gruppen, die es jetzt gibt, was sie machen welche Vorstellungen sie haben und so. Ich bin da überhaupt nicht mehr auf dem laufenden.

Wenn Du mal wieder Zeit hast, schreibst Du mir mal was da rüber? Ich habe den Eindruck, daß es allgemein sehr ruhig geworden ist, aber wahrscheinlich liegt das daran, daß ich keinen unmittelbaren Kontakt mehr zu den jeweils wichtigen Leuten und Orten habe. Überdies, die 6,DM sind, soweit ich herausbekommen habe, überall angekommen. Den Spendern schönen Dank!

Tschüß, grüß alle Genossen/innen von mir, Dich auch und laß dich mal wieder lesen oder sehen. Monika.
Weißt Du schon, Renate Sami und die anderen haben ab 16.2. Termin - wir hoffen alle ungeheuer daß sie rauskommen.

DER GENOSSE HERBERT GOERKE HAT AM 1.3.1971, 9U, SAAL 500, SEINER ADRESS: KOMMT MASSEN HFT II

TIFFANY IST ALLES: QUATSCH=BUDE, BIERKNEIPE + PIZZERIA. WARM UND GEMÜTLICH, FÜR JEDEN ETWAS UND BILLIG: GROSSE PIZZA DM 2,90, GR. BIER → DM 1,20, SANGRITA mit FRÜCHTEN DM 1,50
TIFFANY'S IST ALLES
MOTZSTR. 60 in SCHÖNEBERG



CHUAN TEE & GESCHIRN

40 SORTEN TEE U.A.

70GR. JASMIN in Blüten	3,00
133GR. PURE CHINA	3,00
100GR. CEYLON	2,50
125GR. LAP SANG SOUCHONG	3,75
125GR. ROSEN TEE	4,30

RÄUCHERSTÄBCHEN/TASCHEN..... / PFEIFEN/FLÖTEN/LAMPION..... / HEMDEN/KLEIDER...UND...UND.....

161N5 PFALZBURGER STR. 11
MO-FR 15⁰⁰ - 18³⁰ SA 10⁰⁰ - 13³⁰

Auszüge aus Briefen des Genossen Herbert Goerke aus Tegel.

DAS WICHTIGSTE ZUERST!!!

Dienstag, 9.2.71.

Liebe und Genossen!
Nur kurz: die 883 sind eingetroffen. Werde mich sogleich ans Studium der Zeitungen begeben. Vielen Dank und Gruß an alle!
Venceremos!
Herbert

Auszug aus einem Brief vom 19.1. 1971.

In meinem Urlaub habe ich gemerkt, wie wenig die Genossen draußen doch über den Knast wissen. Viele Sachen werden einfach vorausgesetzt - die dann prompt verboten sind (z.B. Päckchen schicken) und andere Sachen werden nicht getan, weil man annimmt, daß sie verboten sind (z.B. viele Briefe schreiben).

Es ist wirklich schade, daß ich Dich im SZ nicht angetroffen habe, aber die 5 Tage waren einfach zu knapp, um lange Nachforschungen anzustellen. Wenn ich Glück habe, dann bekomme ich irgendwann in diesem Jahr noch einmal Urlaub, und dann schreibe ich Dir vorher. Das letztmal bin ich zwar von einer Minute zur anderen "rausgeworfen" worden, aber beim nächsten mal wird man mir wohl mehr Zeit zum packen lassen.

Mit der Entlassung ist es noch etwas hin. Ansicht muß ich bis 1975 sitzen, aber ich habe gute Aussichten auf eine vorzeitige Entlassung im nächsten Jahr. Sicher bleibe ich gerne mit Dir in brieflichem Kontakt. Im moment ist es sowieso schlecht mich zu besuchen, da alle Sprechzeiten bis auf weiteres "ausgebucht" sind. Leider funktioniert die Isolation noch sehr gut und Sprechzeiten sind rar. Offiziell bekomme ich nur alle drei Wochen einen Sprechschein. Wenn mich nur fünf Menschen regelmäßig besuchen wollen, so kommt der erste erst wieder in 15 Wochen dran. So läßt sich natürlich kein Kontakt nach draußen pflegen. Zum Glück gibt's da aber immer noch ein paar Tricks, um öfter Besuch zu bekommen.

Ebenso würde ich mich freuen, wenn noch weitere Genossen und Genossinnen mir schreiben würden. Auf diese Art kann man doch halbwegs die Isolation überbrücken. Leider bekomme ich im Moment noch nicht die 883. In meinem Urlaub habe ich mit einem Redakteur von 883 gesprochen und ihn gebeten, mir die 883 zu schicken. Bislang ist noch keine gekommen. Der Genosse hatte Befürchtungen, daß ich die 883 nicht erhalte. Dies stinkt zumindest in meinem Falle nicht. Erstens liege ich auf einer Station mit sogenanntem "gelockertem Vollzug" (Schulstation - ich hole hier die mittlere Reife nach) zweitens habe ich jetzt durchgesetzt, daß ich die RPK bekommen kann. Nach einer neuen Verfügung des Senators für Justiz ist das jetzt möglich - also muß auch die 883 reinkommen. So, liebe, nun weißt Du immerhin schon etwas mehr von mir und dem Knast. Bitte, teile Deine Informationen auch den anderen Genossen mit, damit ihr wißt, was ihr tun und nicht tun könnt. Schönen Gruß an alle!
Venceremos!
Herbie.

Fortf. in der nächsten 883

SCHWARZE HILFE

2. Abrechnung:

- = 50,-- Bestand (siehe 883 Nr 74)
 - + 181,75 Spende einiger schwarzer Zellen am 26.1.71.
 - = 231,75
 - + 50,-- Anonyme Spende
 - = 281,75
 - 50,-- Je 10,-- an 5 Genossen Brockmann, Baumann, G. Grünege, E. Grusdat, H. Heun.
 - 1,50 Porto
 - 3,-- Kontoführungsgebühr bei der Bank
 - 17,-- für zwei Genossen, die wohnungslos von SH untergebracht wurden und kein Geld hatten.
 - = 210,25
 - 2,20 Porto für mehrere 883 an M. Berberich + H. Goerke.
 - = 208,05
 - + 100,00 Spenden am 7/8.2.71.
 - + 49,50 sog. Pop Fans Spend.
 - + 200,-- Spenden von Pop-Typen.
 - = 1457,55
 - 880,-- Je 40,-- an 22 Genos.
 - 8,80 Porto
 - = 568,75
- Namen der Genossen:
M. Berberich, B. Wolf, I. Goergens, R. Wolf, I. Schubert, H. Stahl, H. Brockmann, R. Sami, M. Baumann, B. Asdonk, H. Buddee, W. Parkasows, U. Fischer, A. Reiche, D. Kunzelmann, H. Heun, G. v. Rauch, H. Mahler, B. Scharein, P. Knoll, K. H. Wiczejewski, Th. Weisbecker.
 - 120,-- Je 40,-- an H. Goerke,
 - 1,20 K. Schwörer, T. Prohl + Porto.
 - = 447,55
 - + 16,85 Samml. 13.2. TU, alte Mensa, Fasching.
 - = 464,38
 - 60,-- Je 30,-- an H. Jansen
 - 0,80 u. G. Mehrer + Porto
 - = 403,58 Bestand der SCHWARZEN HILFE am 15.2.71.

Die Belege befinden sich montags, mittwochs, donnerstags u. freitags, jeweils von 18.00 bis 20.00 h im Soz. Zentrum, 1 Berlin - 21, Stephanstraße 60 Fabrikgeb. Hinterhaus, 1. Stk. Tel: 35 45 79

ANSCHRIFT:
SCHWARZE HILFE c/o Rep. Club e.V. 1 Berlin - 21 Stephanstr.

Kleinanzeiger

- Suche 1-2 Leerzimmer in Wohngemeinschaft bis 200.-- DM bringend!
A. Thom, 1-30, Kurfürstenstr. 21
- Suche 1 Zimmer- Leerwohnung in Kreuzberg (mit Innentoilette)
Tel. 313 8 5 77 (Reinhard)
- J O I N (minipark)
in Kreuzberg, Schlesische Str. 33 am U-Bahnhof Schlesisches Tor. Nachtbusse: A 67 + A 19 Täglich geöffnet von 1800 bis 500

Hallo Genossen in Norddeutschland! Paket dankend erhalten. Bleibt mit uns in Verbindung. Kontaktadresse in der nächsten 883.
-Schwarzkreuz Berlin-

Schreibt an den Genossen Hans Reußner, er sitzt seit 7 Monaten in U-Haft. Adresse: Hans J. Reußner, 29 Oldenburg Untersuchungshaft

Suche 1 - 2 Leerzimmer in Wohngemeinschaft bis 200.-- DM
A. Thom 1 Bin. 30, Kurfürstenstr. 21/22

DER ROTE PUNKT

BERENES

MANSTEINSTR. 13
VISAVIS LEYDICHE

ERKLÄRUNG ZUR BLEUKREUZENT-EIGNUNG I

Genossen, Freunde!
Am Montag, d. 15. 2. 1971 beschloß die Delegiertenversammlung der Schwarzen Zellen, Medikamente und Verbandsmaterialien vom Blaukreuz zu konfiszieren.

- Begründung:**
1. Blaukreuz leistete im vergangenen halben Jahr keine wirksame Hilfe mehr. (Blaukreuz war äußerst selten auf militanten Demonstrationen zu sehen. In einem anderen Fall verweigerte Blaukreuz einem anarchistischen Genossen die dringend benötigte Hilfe. Der Genosse wurde bei einem Kommandounternehmen angeschossen.)
 2. Die Spaltung des Blaukreuz und die beginnende Auflösung im Soz. Zentrum haben darauf schließen, daß die gespendeten Materialien in dunkle Kanäle verschwinden.

Die Entteignung wurde zugunsten der Genossen von Schwarzkreuz durchgeführt. Schwarzkreuz ist eine selbständige Hilfsgruppe auf dem Gebiet der med. Betreuung, die von keiner Organisation abhängig ist! Schwarzkreuz ist nachweislich bei allen Demonstrationen und öffentlichen Veranstaltungen (die von Linken besucht wurden) dabei gewesen. Die öffentlichen Bilanzen von Schwarzkreuz werden aufzeigen, daß die konfiszieren Medikamente nur zu den von Schwarzkreuz propagierten Zwecken verwendet werden.

Alle Macht dem Volk!
Also auch alle Medikamente!

REISST DIE MAUERN EIN, HOLT DIE MENSCHEN RAUS.....
Vergeßt aber nicht, daß JETZT die Gefangenen auf Post warten. (siehe Brief von Herbert Goerke) Egal, ob ihr die Genossen kennt oder nicht, schreibt ihnen! Tage, Wochen, Monate oder Jahre im Knast zu sitzen heißt u.a. permanent auf ein Lebenszeichen von draußen zu warten. In den letzten 883 standen die Namen von ca. 24 Genossen. Dazu kommen noch:
KARL SCHWÖBER z.Zt. U-Haft Moabit, 17/21, Alt Moabit 12a. Seit dem 10. Februar sitzt ebenfalls:
INGRID SIEFMANN in der Frauenstrafanstalt Tiergarten, 1/21, Lehrter Str. 58.

In der letzten 883 versprochen wir, Namen aus der Jugendstrafanstalt Plötzensee zu veröffentlichen.
DAS WÄREN FÜR'S ERSTE:
Josef Schramm, Peter Ehmann, Donald Taube, Holger Kleier, Helmut Helsing, Henry Renk, H. J. Schmidt, Peter Klemke, Volker Baldermann, Rainer Wiglow, Harald Wagner, Wolfgang Wagner, Hansi Bondt, Hans-Joachim Meckelburg.
Adresse: z.B. Beispiel:
Hansi Bondt, 1 Berlin - 13, Heckerdamm 7
z.Zt. Jugendstrafanstalt Plötzensee.

GENOSSEN! SCHREIBT DRN GEFANGENEN UND BESUCHT SIE!
ÜBRIGENS: BOMMI SITZT JETZT IN MOABIT! ER WARTET AUF BUREN BESUCH!!!
Kontakte über: **SCHWARZE HILFE** z.Zt. im Soz. Zentrum. montags, mittwochs, donnerstags jeweils 18.00 bis 20.00 Uhr. Tel. 35 45 79

Genossen!
Da sich die Adressen der gefangenen Genossen durch die Rotation schnell und oft ändern, bitten wir euch, vor Besuchen, bei der Roten oder Schwarzen Hilfe anzurufen, um die aktuelle Adresse des Genossen zu erfahren, den ihr besuchen wollt.

Westberliner Buchladen Kollektive

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Liezenburger Str.
Tel.: (0311) 883 29 33

Buchhandlung Karin Rohrbach
1 Berlin 12, Sangroplets 5
Tel.: (0311) 32 28 82

Jurgens Buchladen
1 Berlin 33, König-Luise-Str. 4
Tel.: (0311) 769 16 25

Wir arbeiten zusammen
Wir konzipieren die Profite gemeinsam
Wir bauen Handbücher auf
Zeitschriften: Das Politische Buch
Psychologie, Erziehung
Buchhandlung Röhrens
Marxistische Theorie: Jurgens Buchladen
Wir verschicken gemeinsame Literaturlisten

★

Marxistische Theorie
Psychologie • Pädagogik

WENN DIE, DIE SICH KOMMUNISTEN NENNEN, NICHT WIE KOMMUNISTEN HANDELN,

WERDEN WIR DIE UNTERSTÜTZEN, DIE WIE KOMMUNISTEN HANDELN

Wir sind sehr erfreut, daß das Rote Hilfe Komitee Westberlin (RHKW) der KPD-AO nun endlich davon spricht, praktische Solidarität zeigen zu wollen. Nur wie es tun will, finden wir - wie schon letztes gesagt - beschissen.

Wir haben das wohl nicht deutlich genug getan, denn sonst hätte das RHKW/AO es nicht wagen können, so stupide zu reagieren (RPK 103, S.11). Es erklärt, daß es verleumdet und angegriffen wird durch verleumdendes und lügenhaftes Auftreten der 883 und sogar der PL/PI.

Wir hätten der AO Spaltertum vorgeworfen, heißt es. Nun, diesen Vorwurf müssen wir leider aufrecht erhalten, denn wer die Hilfe für die Knastgenossen 9 Monate hintertreibt, nur um seine "richtige politische Linie durchzusetzen", der spaltet. (Eine Lüge müssen wir hier allerdings zugeben, denn wir hatten versehentlich nur von 9 Wochen gesprochen.)

Und wer dann nach 9 Monaten, ohne die vielen anderen Genossen im Knast auch nur irgendwenn einmal erwähnt zu haben, 3 Genossen aufgrund ihrer jetzigen Wertbarkeit für seine korrupten politischen Ambitionen ausbeutet, der treibt nicht nur Spalterei, DER SPALTE!T UM ZU HERRSCHAFFEN, dem sind die Genossen selbst völlig wurscht. (Man erinnere sich nur daran, daß den

Genossen Sami, Fischer und Wierzejewski noch im Mai 1970 von der A-Null vorgeworfen wurde, sie seien Agenten der Kollaboration und anderes mehr!)

Weiter schreibt das RHKW: "Den schmutzigen Lügen darüber, daß wir bisher nur insgesamt 20,-DM für die Genossen aufwendet hätten, treten wir hiermit entgegen." NUR WOHINT? Btw damit, daß das RHKW es "für dringend notwendig hält, die Genossen materiell zu unterstützen und sich intensiv mit ihnen politisch austauschenszusetzen... um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Kräfte und Mittel zu erreichen?" Papier, Papier... Wir wissen nur etwas von 20,-DM an Ulli Fischer. Ulli weiß nur etwas von der Zusage der für ihn ungenießbaren RPK.

Renate Sami weiß nur, daß sich vor dem AO-Aufruf niemand mit von der AO mit ihr in Verbindung gesetzt hat. Thomas Weisbecker bekommt nicht einmal die RPK und sagt, sie hätten drinnen noch nichts von der RH der AO gehört, geschweige denn gesehen.

Ebenso Georg v. Rauch. Was die ideologische Unterstützung angeht, so wird sie - die der AO - als Blödsinn angesehen. Was die politische Diskussion betrifft, so wird sie nicht in der RPK geführt, sondern in der

883, besonders Nr.75-76. (Da hat ja auch AO-Semler mitdiskutiert, als es noch keine A-Null gab; siehe 883, Nr.42 und 46: "Imperialismus und Terror".) Wenn das RHKW seine bisher geleistete "praktische Solidarität" belegen kann und will, so stellen wir ihm gern unsere Seiten zur Verfügung, wie wir sie auch der Schwarzen Hilfe zur Verfügung stellen. Ansonsten werden wir - und wahrscheinlich etliche Genossen mehr - das äußerst dumme Gefühl nicht los, daß das RHKW und die AO rezwunnen sind, durch den möglichst vielfältigen Gebrauch der Worte Lüge und Verleumdung von ihren eigenen unbegründeten und unheilerischen Behauptungen, sprich Lügen, abzulenken, die Demagogie zur Wahrheit zu machen. Um mit ihren eigenen Worten zu sprechen: Daß die Vorwürfe "von Lügen und Verleumdungen begleitet werden, scheint uns nur konsequent und ist gleichzeitig ein Indiz für die Unhaltbarkeit der politischen Vorstellungen, die sich hinter dem Konzept" der Roten Hilfe der A-Null verbergen.

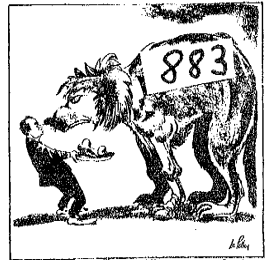
Kleinanzeigen!!!

Genossen, denkt daran, die Aufbau und Initiativ Parteien kochen ihr Avantgardspüchchen auf Kosten der Politischen Gefangenen!

Ein Genosse aus dem Knast fragt: Weshalb arbeitet die Rote Hilfe der PL/PI nicht mit der Schwarzen Hilfe zusammen?

Antwort (883): Weil die PL Genossen noch nichts von der PI Strategie begriffen haben! (für Leute die nicht ganz durchblicken: PL = Politische Linke PI = Partei-Initiative)

Der Kampf gegen den Faschismus beginnt mit dem Kampf gegen den Bolschewismus....sagte schon Otto



Im übrigen überlassen wir es den Genossen, und besonders den Genossen im Knast, zu beurteilen, wer "spaltet", wer "verleumdet" und "schmutzig lügt".



Genossen aus dem Knast zur AO/Hilfe'

Wir veröffentlichen hier noch einmal die Stellungnahmen von Genossen aus dem Knast zu den Aktivitäten der AO-Roten-Hilfe. Dazu noch eine direkte Erklärung der Genossin Renate Sami an die AO/RHKW.

Es sollte uns freuen, wenn die AO nun endlich zu den Aussagen der direkt betroffenen Genossen Stellung bezieht und sie nicht, wie bisher, weiter verschweigt.

Ulrich Fischer (zur Tatsache, daß die AO zur Solidarisierung nur mit ihm, Renate Sami und Karl Heinz Wierzejewski aufruft): "Schlimm, schlimm, schlimm! Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren, nur weil der Gegenstand unseres Prozesses in irgendein politisches Konzept paßt. Wenn man sich klar macht, daß die Justiz Genossen wegen ihrer Klassenkämpferischen Gesinnung verfolgt, gibt es für uns nur Solidarität mit allen verfolgten Genossen oder mit niemandem von uns."

(Zur Ideologischen Unterstützung durch die AO-Rote-Hilfe): "Alles, was mir in dieser Hinsicht widerfahren ist, ist die Zusage der RPK, die für mich ungenießbar ist. Sie ist nicht geeignet, mir bei der Klärung meines politischen Standortes zu helfen. Wert legen wir vor allem auf praktische Beweise von Solidarität. Insofern habe ich von der RH-AO noch nichts gesehen."

Thomas Weisbecker: "Das ist eine der größten Schweinereien, die man sich erlauben kann. Die Rote Hilfe der AO nützt hier drin niemand etwas. Wir - ich habe guten Kontakt zu fast

allen Genossen hier - haben noch nie etwas von ihr gehört oder zu sehen bekommen. Wir brauchen vor allem Solidarität durch Taten: Sachen in den Knast schmuggeln (damit hängt es an), Genossen rausholen (damit hört es auf). Schließlich frage ich nicht, warum ich noch nicht einmal die RPK erhalte, obwohl ich doch ideologisch unterstützt werden soll."

Georg v. Rauch: "Es ist besser, als wenn die AO-Rote-Hilfe überhaupt nichts tut... Auf ideologische Unterstützung seitens der AO lege ich keinen Wert. Diskutieren könnte ich mit den AO-Genossen nur, aber auch nur, über Fragen der Praxis (Stadtguerilla), obwohl ich mir darüber im klaren bin, daß eine solche Diskussion wohl fruchtlos wäre. Das Konzept ihrer defensiven und nur reagierenden Roten Hilfe halte ich für grundfalsch.

Wir wollen praktische Solidarität. Insofern ist bei uns die Rote Hilfe, aber nicht die Rote Hilfe der AO bemerkt worden."

Renate Sami: Auch Renate wundert sich über die plötzliche "Fürsorge" der AO ihnen gegenüber. Sie kritisiert die bloß proklamatorische Form, die verbalen Auftritte der RHAO, vermißt konkrete Aktionen, praktische Solidarität. Sie sagt, daß sich vor dem AO-Aufruf niemand von der AO sich mit ihr in Verbindung gesetzt hat etc.

Ihre letzte Erklärung: "Genossen, schönen Dank für euren Solidaritätsaufruf; lang lebe der Sieg im Volkskrieg! Aber was ist mit den anderen Genossen im Knast? Mit Bernd

SCHWARZ, HEINZ BROCKMANN, mit IRMIN GÖRGENS und ANNE REICHE und den vielen anderen? Sind sie alle durchgefallen? Die stehen wohl nicht da, wo ihr denkt, daß die Massenlinie lang geht, was? Nur, Leute, die Massenlinie ist ganz bestimmt nicht da, wo die Massen gerade langlaufen. Bild und Zimmermanns Menschenjagd sind ja schließlich nicht nur zur Unterhaltung da. Ich kann mit vorstellen, das vielen von euch die Angst im Nacken sitzt. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber und sollte nicht dazu führen, daß Leute, die sie! Genossen nennen, es versäumen, der von den Herrschenden Inszenierten, über Funk, Fernsehen und Presse Laufenden Jagd auf "Autoknacker und Diebe" usw., "Bombenleger und Terroristen" usw. Fenster die Stein zu bieten. Gefährnisse waren schon immer das beste Mittel, um die Aggressionen der Leute in die richtige Richtung zu lenken. Da wird dann sehr schnell aus dem diskreditierten Arbeiter der schweligen Proletariat-fabel - so er nicht das HGB im Kopf hat und sich schon mal die Hände mit Molli-Öl beschmiert hat - ein Jammerproletarier. Aber auch die herrschenden Gesetze sind die Gesetze der herrschenden Klasse. Freiheit für alle Gefangenen! Und nun zu eurer unheimlich aufmerksamen Einzelisfrontnahme: "Kampf der Einsiedler" - Kampf der Gefangenen zu steigenden demokratischen Rechte! Ich dachte, mich laust der affel! Soll den heißen.

Untersuchungshaft na ja, aber wenigstens soll der Gefangene morgens und abends sein ihm zustehendes heißes Wasser bekommen! Und bitte nur einmal in der Woche Mülltopf! Statt euch die Untersuchungshaftvollzugsordnung mal ein bisschen näher anzugucken, fällt ihr weit hinter die Reformvorschläge des Genossen Heinemann zurück!

WIEDER MIT DER KLASSENJUSTIZ! FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!

Impressum
883 Redaktionskollektiv
Sozialistisches Zentrum
1 Bin 21, Steinhilberstr.60

Genossen, macht 883 noch stärker zu eurem Kommunikationsorgan! Bestellt 883! Vollkommeneiert über 883 eure revolutionären Erfahrungen!

Nehmt über 883 Kontakt zu anderen Gruppen auf, die in ähnlichen Bereichen wie ihr den politischen Kampf vorantreiben. Berichtet in 883 von eurer Arbeit und nehmt über die Redaktion oder über Kleinanzeigen Verbindung mit anderen Genossen auf. Arbeitet mit 883 und helft uns beim Vertrieb in Schulen, Betrieben, Unis, Läden etc. Wir können euch 883 ab 10 Exemplaren für 0,35DM + Postkosten (per Nachnahme) zuschicken.

Kleinanzeigen!

Was unterscheidet die KPD/AO von der PL/PI?? Nichts! Was haben sie gemeinsam? Den Glauben an die Partei!

DIE SOZIALE REVOLUTION

IST KEINE PARTEISACHE I Zeitschrift gegen den Dogmatismus, Opportunismus und Neo-Leninismus der studentischen Sekten. Nr.1 erscheint Anfang März, erhältlich in allen linken Buchläden. ca. 100 S., ca. 3,50 DM Nr. 1 enthält u.a.: Kritik der PL/PI Streikberichte aus USA, Frankreich, Polen...

DIE SOZIALE REVOLUTION

IST KEINE PARTEISACHE I

ab 17 UHR 90

ZWEI SUPPE STEAK SCHMALZSTULEN

MOKKISTE

SCHNITZ SKATOCOMICS

FÜR LINKE UND STÄHLER

BERLIN 31

KILDEGARDSTR. 25

BUS: 36, 2, 28, 83

ZWISCHEN BUNDESHEIHE UND BLASSESTR.

WILHELMSTR.

ENDLICH GIBT'S EINEN JEANSLADEN NUR FÜR KINDER!

KIDDY SHOP

IN STEGLITZ * SCHLOSSTR. 128 gegenüber FORUM

WIR HABEN JEANS VON LEVIS * WRANGLER * LEE * * FELLJACKEN * BOOTS * PULLIS * T-SHIRTS

* EIN IRREK LADEN *

... UND FÜR DIE GROSSEN GIBT'S JEANS BEI

BERNARS HEN SHOP HAUPTSTR. 52 AN DER STAHLHOFKRAUSE

JÜRGEN & DAGMAR DRESS SHOP LIETZENBURGER STR. 76 GEGENÜBER HOTEL ARCHA

SONDERPOSTEN ARMBELEDERJACKEN nur 98,-